

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 224 · 19. JAHRGANG · AUSGABE 9/2013 VOM 3. SEPTEMBER 2013 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

4 | **Wozu brauchen wir Ehrenbürger?**
Diskussion in nichtöffentlicher Runde

7-9 | **Politiker diskriminieren!**
Zur Bundestagswahl am 22. 9

11 | **Insolvente »Recyclingfirma« hinterließ Kunststoff-Berge**
Blumberger auf dem Pulverfaß

Krieg am Weltfriedenstag?

Am 1. September, dem Weltfriedenstag, gab es in Eberswalde mehrere Veranstaltungen, die an den Beginn des 2. Weltkrieges vor 74 Jahren erinnerten. Der Barnimer Kreisverband des Volksbundes Kriegsgräberfürsorge veranstaltete im Haus Schwärzetal ein Benefizkonzert des Brandenburgischen Konzertorchesters Eberswalde unter Leitung von Holger Schella. Der Erlös kommt zu gleichen Teilen der Arbeit des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge für die Kriegstoten im Ausland und einem regionalen Projekt des Volksbundes im Landkreis zugute. Im Eberswalder Familiengarten hatte DIE LINKE zum Friedensfest eingeladen.

Der diesjährige Weltfriedenstag war überschattet von den aktuellen Kriegsdrohungen der USA gegen Syrien. Bis zur Drucklegung dieser Bürgerpost-Ausgabe blieb es bei den Drohungen. International findet der Kriegskurs selbst unter den US-Verbündeten kaum Unterstützer.

Die »rote Linie« sei überschritten, tönt es seit Tagen aus dem Weißen Haus. US-Präsident und Friedensnobelpreisträger Barack Obama will den Krieg. Er spricht von »sicheren Beweisen«, daß die syrischen Regierungstruppen Giftgas eingesetzt hätten. Freilich stammen die »Beweise« von US-Geheimdiensten und sind damit geheim. Eine ähnliche Situation wie vor dem Irak-Krieg, als die USA behaupteten, Irak besäße Chemiewaffen, was sich im Nachhinein als Lüge herausstellte.

US-Medien spekulierten, daß die Angriffe zwischen dem 31. August, nachdem die UN-Chemiewaffenexperten syrischen Boden verlassen haben, und dem Abend des 2. Septembers stattfinden. Dann nämlich fliegt der US-Präsident nach Schweden, um anschließend am G20-Gipfel in St. Petersburg teilzunehmen. Bei der ein bis zwei Tage dauernden Operation würden mindestens 35 Ziele mit seegestützten Marschflugkörpern beschossen werden.¹

Die UN-Inspektoren, die nach Beendigung ihrer Mission in Syrien am 31. August im Libanon eintrafen, kündigten indes an, noch mindestens vier Tage für die Auswertung der genommenen Proben zu benötigen. Mit einem Bericht ist demnach frühestens am 3. September zu rechnen.

Der frühere russische Diplomat Wjatscheslaw Matusow hatte gegenüber dem Radiosender »Stimme Rußlands« berichtet, daß russische Experten »mit Hilfe von Bildern aus dem Weltraum bewiesen (haben), daß die Raketen von einem Territorium abgeschossen wurden, das von den Rebellen kontrolliert wird«. Obama behauptet das Gegenteil. Matusow fragt, wieso die russischen und amerikanischen Experten nicht im UN-Sicherheitsrat ihre Aufnahmen von Damaskus aus dem Weltraum vergleichen.²

Ein hochrangiger Beamter im libyschen Verteidigungsministerium erzählte dem gleichen Sender von Gerüchten, daß der saudische Prinz Bandar bin Sultan, der Rebellengruppen in Syrien kontrolliert, Chemiewaffen an die syrischen Kämpfer weitergegeben habe.³

Auch die »Berliner Zeitung« berichtete von Chemiewaffen in der Hand der Rebellen. Danach hatte die Polizei des NATO-Partners Türkei im Mai in der türkischen Provinz Adana ein Dutzend Kämpfer der islamistischen Al-Nusra-Front festgenommen und dabei einen Zwei-Kilo-Tank mit dem Nervengas Sarin beschlagnahmt. Und: Chemiewaffen wurden in Syrien bereits mehrfach eingesetzt. Im März starben in Chan al-Assal bei Aleppo rund 30 Menschen nach einem Giftgas-Angriff. Der von Assad-treuen Schiiten bewohnte Ort, der unter der Kontrolle der Regierung stand, das ergaben Recherchen des Londoner Guardian, war von Al-Nusra-Kämpfern von einem Gebiet nahe der türkischen Grenze aus beschossen worden.⁴

Friedensfest in Eberswalde



Eberswalde (die linke/bbp). DIE LINKE feierte am 1. September ein großes Friedensfest im Familiengarten Eberswalde. Unterstützung erhielt sie dabei von der Koordinierungsstelle für Toleranz Eberswalde. Der Weltfriedenstag war Anlaß, um auf die vielen Kriegsschauplätze in der Welt und die Situation der Flüchtlinge hinzuweisen.

Durch die aktuelle Lage bedingt, stand Syrien im Mittelpunkt des Interesses. Die beim Neuen Deutschland und der Jungen Welt beheimatete Auslandskorrespondentin Karin Leukefeld (Foto) berichtete über ihre Erfahrungen als Korrespondentin in Syrien, über die Lage der Bevölkerung und die Greuel des Krieges.

Eine Afghanistan-Ausstellung zeigte die Schrecken des Krieges und die Rolle der Deutschen Bundeswehr dabei. Der Autor Klaus Blessing sprach über sein Buch »Joachim Gauck – Der richtige Mann?«. Gemeinsam mit Manfred Manteuffel ging er in dem Buch der Frage nach, »wieviele dunkle Schatten Joachim auf seiner angeblich weißen Weste hat« und wie Joachim Gauck zum Thema Krieg bzw. Flüchtlinge steht.

Neben dem politischen Teil gab es auf einer Kleinbühne das Programm »MITMISCH-KULTUR, DIE ABFÄRBT« vom Roma Trial e.V. – eine Theaterintervention für Kinder und Erwachsene sowie Musik von Fanfara Kalashnikov, einer Balkan Brassband, deren Name von Goran Bregovics Song aus dem Film »Underground« inspiriert wurde.

Frieden macht Spaß und soll Spaß machen. Und zwar für die ganze Familie. Daher gab es auf dem Friedensfest Kinderschminken, Hüpfburg, Clownerie und Zuckerwatte, die auch die Kleinsten begeisterten.

Fortsetzung und Anmerkungen auf Seite 3

Unheimlicher Murks

Wie soll man die oder den Richtigen unter all den komisch bunten Plakaten, merkwürdig flotten Sprüchen und zwanghaft vollmundigen Versprechungen zur Wahl für den 18. deutschen Bundestag herausfinden?

Sie nennen diese Vernebelung Wahlkampf. Für viele ist es eine ernste und schwierige Aufgabe zum Wesen der Kandidaten und zum Kern der Botschaften zu gelangen und sich zu entscheiden. Die zukünftigen Abgeordneten werden uns in den nächsten vier Jahren in wichtigen Angelegenheiten des Staates vertreten und Einfluß auf unser Leben nehmen. Eine unbedachte Handlung kann weitreichende Folgen für uns haben.

Ob es die besten und überhaupt geeignete Kandidaten sind, läßt sich schlecht beurteilen. Auf jeden Fall wollen sie nur unser Bestes. Sie wollen unser Geld zu unserem Wohle ausgeben. Immerhin sind Abgeordnete an Aufträge und Weisungen nicht gebunden. In den schwierigen Entscheidungen, die vor ihnen stehen, kommt es auf ihr Gewissen, ihren Verstand und ihre Fähigkeit zur Kooperation und Kommunikation an.

Und genau das, was ihre unverwechselbare Persönlichkeit ausmacht, verstecken und vernebeln sie, um in ihren Parteien nach oben zu kommen und nicht aufzufallen. Professionelle Pressesprecher bügeln dann den individuellen Rest glatt. Die amtierende Kanzlerin macht da allen etwas vor. Sie wurde im Pfarrhaushalt dazu erzogen, ihre eigene Meinung nur engsten Vertrauten mitzuteilen. Falls sie etwas von Interesse weiß und wie sie wirklich ist, wird sie uns nicht oder wahrscheinlich nicht rechtzeitig sagen. Die Kandidaten müssen zumindest mutig sein, denn was ihre Gesetze bewirken werden, können sie in unserer komplexen Gesellschaft gar nicht wissen oder nur ahnen. Oft kommt großer Murks heraus. Oder warum gibt es so viele Arme in unserem reichen Land?

Für eine friedlichere und gerechtere Gesellschaft werden starke Charaktere gebraucht, die die Vielfalt der Menschen unseres Landes in die Suche nach einfachen und verständlichen Lösungen auch bei angeblich definitiv alternativlosen Entscheidungen klug und abgewogen einbringen. Unbedingt sollten sie unser Land aus kriegerischen Handlungen heraushalten und dafür sorgen, daß im Land weniger Waffen hergestellt und verkauft werden. Wenn sie irgendwann einräumen, daß sie oft gar nicht durchsehen, zu ihren Fehlern stehen und ernsthaft an unserer Meinung interessiert sind, wäre schon viel geschafft. Vielleicht könnte man noch die Gesetze vereinfachen und die Zahl der Bürokraten verringern?

Wer nicht zur Wahl geht, hat schon aufgegeben und muß sich mit dem Murks abfinden. Also liebe Leute beschäftigt Euch mit den Kandidaten, stellt Forderungen und wählt die Richtigen. Denn soviel Zeit muß einfach sein.

Dr. MANFRED PFAFF

EWE sponsert Kreisverwaltung Barnim

Eberswalde (prest-bar). Mit seiner Null-Emissions-Strategie »Die Zukunft ist erneuerbar« setzt der Landkreis Barnim seit Jahren ein Zeichen in Sachen Umweltschutz. Nun wird in diesem Zusammenhang auch die Fahrzeugflotte der Kreisverwaltung weiter modernisiert. Gleich neun neue Fahrzeuge wurden dafür angeschafft.

Der Clou: Alle werden mit Erdgas betrieben. Ganz neu ist das Thema Erdgasautos für den Landkreis Barnim allerdings nicht. Bei einem Großteil der Fahrzeugflotte kommt schon seit zehn Jahren Erdgas als Kraftstoff zum Einsatz. Die Alternative spart im Vergleich zu Benzin 25 Prozent der CO₂-Emissionen ein. Im Gegensatz zu Diesel läßt Erdgas zudem kaum Ruß entstehen. Ingesamt verfügt der Landkreis nun über 15 Fahrzeuge, die mit Erdgas betrieben werden. Dazu kommen noch 5 Elektroautos, 7 Benzinfahrzeuge und 7, die mit Dieselmotoren betankt werden.

»Beim Thema Umweltschutz müssen wir als Öffentliche Hand eine Vorreiterrolle einnehmen und zeigen, daß es Alternativen zu den bisher verwendeten Technologien gibt«, so Landrat Bodo Ihrke bei der Präsentation der neuen Fahrzeuge am 30. August.



Unterstützung bei diesem Ansinnen erhält der Landkreis dabei vom Energiedienstleister EWE. Die Ausschreibung für die neun Erdgasfahrzeuge konnte das Autohaus AMG aus Königs Wusterhausen für sich entscheiden. Finanzielle Unterstützung für die Neuwagen gab es vom Energiedienstleister EWE.

»Beim Kauf eines Erdgasfahrzeugs übernehmen wir die etwas höheren Anschaffungskosten bis 1000 Euro, die im Vergleich zum identischen Benziner bestehen. Somit rechnen sich Erdgasautos sehr schnell«, erklärte Ulrich Müller, Leiter der Geschäftsregion Brandenburg/Rügen für EWE.

Zankapfel Schulamt

Eberswalde (bbp). Das Staatliche Schulamt in Eberswalde hat zwei Jahrzehnte lang die Schulpolitik der Brandenburgischen Landesregierung rigoros umgesetzt. Zahlreiche Schulstandorte fielen dem Schließungswahn zum Opfer. Mindestschülerzahlen galten als ehernes Gesetz, die tatsächlichen Bedingungen vor Ort oder gar die Interessen und Bedürfnisse der Schüler und der Eltern hingegen spielten keine Rolle. Proteste, wie der Schülerstreik gegen die Schließung der Albert-Einstein-Oberschule im Mai 2006 liefen gegen eine Wand, wurden kaltherzig ignoriert.

Nun hat das Schulamt in Eberswalde seine Schuldigkeit getan und soll selbst aufgelöst werden. Eigentlich eine logische Entwicklung. Nachdem die Schulschließungen erledigt sind, kann auch das dafür zuständige Amt geschlossen werden.

Für die betroffenen Mitarbeiter ist das eine bittere Pille. Wie die vorherigen Schulschließungen von den Schülern, Eltern und Lehrern als bittere Pillen empfunden wurden. Die Solidarität dieses Personenkreises wird sich in Grenzen halten. Mit den weiten Fahrwegen, die künftig auf die Behördenmitarbeiter des Eberswalder Schulamtes zukommen, müssen viele Schüler in den Flächenkreisen Barnim und Uckermark seit Jahren leben. Beispielsweise gibt es im ehemaligen Kreis Eberswalde (Oberbarnim) nur noch drei öffentlich getragene Oberschulen, davon zwei in Eberswalde und eine in Finowfurt.

Die Ämter Joachimsthal-Schorfheide und Britz-Chorin-Oderberg haben nur noch ein paar Grundschulen. Sekundarunterricht gibt es dort nur noch an Privatschulen, die meist als Reaktion auf die Schließung der staatlichen Schulen entstanden.

Kürzlich befragte die lokale Tageszeitung die sieben Bundestagskandidaten im Direktwahlkreis (Oberbarnim-Uckermark), was sie von der Verlegung des Schulamtes nach Frankfurt (Oder) halten. Fünf von ihnen kritisieren das Vorhaben und sprachen sich für den Erhalt des Eberswalder Standortes aus. Sabine Stüber (Die Linke), Stefan Zierke (SPD), Sarah Polzer-Storek (Bündnis 90/Die Grünen) und Jürgen Voigt (Piraten) plädieren für die Beibehaltung der Schulaufsicht im Standort Eberswalde. Jens Koeppen (CDU) und Martin Hoeck (FDP) sehen das ähnlich, halten aber die komplette Auflösung der Landesschulämter mit Verlagerung der Schulaufsicht auf die Landkreise als machbare Alternative für möglich.

Lediglich Wilfried Haase (Freie Wähler) meint, daß die Qualität des Unterrichts an den Schulen unabhängig vom Standort des zuständigen Aufsichtsamts sei. Er sieht sogar Chancen für eine Verbesserung der Betreuung vor Ort, die beispielsweise Folge einer höheren Eigenverantwortung der Schulen sein könnte.

Der Landrat des Kreises Barnim betreibt eine Bildungspolitik, nach der möglichst große Schulkomplexe entstehen und konzentriert dort die zur Verfügung stehenden Mittel.

Fortsetzung von Seite 1

Krieg am Weltfriedenstag?

Auch die Chefanklägerin am UN-Gericht für Ex-Jugoslawien und nun Mitglied einer Sonderkommission des UN-Menschenrechtsrates Carla del Ponte erklärte bereits Anfang Mai: »Nach den Zeugenaussagen, die wir gesammelt haben, haben die Aufständischen Chemiewaffen benutzt; sie haben Sarin-Gas eingesetzt.«⁵

Davon abgesehen spricht die pure Logik dagegen, daß das Assad-Regime, dessen Armee in letzter Zeit eine Reihe von militärischen Erfolgen gegen die Aufständischen erzielte, Chemiewaffen einsetzt, wo doch genau dies der Anlaß für ein Eingreifen der USA darstellen würde. Damit würden die auf dem Schlachtfeld erzielten Erfolge in Frage gestellt werden. Einzige Nutznießer einer US-Intervention wären die Rebellen, die bereits ankündigten, die US-Angriffe für eine Großoffensive auf Damaskus auszunutzen.⁶

Die aktuelle Eskalation steht vermutlich sogar im Zusammenhang mit den Erfolgen der syrischen Regierungstruppen. Mit gezielten Militärschlägen gegen die syrische Luftwaffe, wie sie bereits seit Juli in Planung sind, könnte der Druck von den Aufständischen genommen werden. Damit sei möglich, diese wieder in die Offensive zu bringen, ohne die Waffenlieferungen an sie allzustark auszuweiten. Letzteres gelte wegen der Dominanz von »Salafisten und salafistischen Jihadisten« und ihrer Neigung, sich nach Erledigung örtlicher Gegner gegen den Westen zu wenden, als recht riskant.⁷

Die US-Senatoren John McCain und Lindsey Graham riefen indes Obama auf, so bald wie möglich mit einem militärischen Eingreifen in Syrien zu beginnen. Sie äußern die Meinung, daß die Option eines »begrenzten Eingreifens« ineffektiv sei. Zur Änderung der Situation müsse die militärische Infrastruktur des Assad-Regimes vollständig vernichtet werden.⁸

Inzwischen hat das britische Unterhaus Premierminister David Cameron zurückgepfiffen. Obama zögert, will nun auch den Kongreß befragen. Bundeskanzlerin Angela Merkel schloß eine Teilnahme der BRD am Krieg gegen Syrien bereits kategorisch aus. Schließlich sind bald Wahlen. Merkel spricht allerdings schwammig davon, daß der Giftgas-Einsatz »Konsequenzen haben« müsse und kritisiert Rußland und China, weil diese im UN-Sicherheitsrat gegen eine Intervention auftreten. Und sie läßt unerwähnt, daß die BRD schon längst in den Syrienkonflikt involviert ist. In der Türkei stehen seit dem Frühjahr Patriot-Luftabwehr-Raketen bereit und im östlichen Mittelmeer patrouillieren Fregatten, Schnellboote, U-Boote und Hilfsschiffe der Bundesmarine.⁹ Im Falle der Ausweitung des Krieges werden sich die dort stationierten deutschen Truppen kaum heraushalten können.

GERD MARKMANN

Quellen:

- 1 Stimme Rußlands, http://german.ruvr.ru/news/2013_08_30/USA-konnen-Schlage-gegen-Syrien-bis-zum-3-September-fuehren-1219/
- 2 Stimme Rußlands, http://german.ruvr.ru/2013_08_30/Robert-Kelley-UN-Experten-in-Syrien-unter-voller-Kontrolle-der-Rebellen-1317/
- 3 Stimme Rußlands, http://german.ruvr.ru/news/2013_08_30/USA-kontrollieren-gesamten-Nahen-Osten-mit-Ausnahme-von-Syrien-und-Iran-1858/
- 4 Berliner Zeitung, 27.08.2013: Auch die Rebellen haben Chemiewaffen (<http://www.berliner-zeitung.de/politik/giftgas-in-syrien-auch-die-rebellen-haben-chemiewaffen-10808018,24134746.html>)
- 5 <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58676>
- 6 Stimme Rußlands, http://german.ruvr.ru/news/2013_08_31/239203540/
- 7 <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58676>
- 8 Stimme Rußlands, http://german.ruvr.ru/news/2013_08_31/Russlands-Au-enamt-Gewalt-gegen-Syrien-wird-den-Konflikt-verscharfen-0242/
- 9 http://de.wikipedia.org/wiki/Auslandseins%C3%A4tze_der_Bundeswehr

Bürgermobil wieder auf Tour

Die Sommerpause ist vorbei, eine spannende und interessante Sommertour ist geschafft, die Urlauber trudeln langsam alle wieder zu Hause ein und auch das Bürgermobil des Landtagsabgeordneten Dr. Michael Luthardt startet wieder mit seiner regulären Tour.

An jedem Montag in geraden Wochen fährt er auf der **Oderbergtour** wieder folgende Orte an: 9 bis 9.30 Uhr Niederfinow vor dem Konsum, 10 bis 11 Uhr in Oderberg vor dem ehemaligen Rathaus, 11.15 bis 12 Uhr in Oderberg in der Nähe des Netto Markendiscounts an der Waldstraße. Nach einer Mittagspause geht es von 13 bis 14 Uhr in Lunow-Stolzenhagen vor dem Edeka-Markt weiter und von 14.15 bis 15 Uhr finden Sie uns in Brodowin, nahe der Kirche.

An den Montagen der ungeraden Wochen führt ihn die **Wandlitztour** von 10 bis 11 Uhr

nach Schönwalde, Höhe Schleckermarkt, von 11.15 bis 12.45 Uhr nach Basdorf an den Parkplatz nahe dem REWE-Einkaufsmarkt. Weiter geht es von 13 bis 14 Uhr in Wandlitz, bei Lidl Prenzlauer Chaussee/Ecke Bernauer Chaussee und von 14 bis 15 Uhr auf dem Parkplatz am Postshop an der Prenzlauer Chaussee 183 in Wandlitz.

Die **Biesenthaltour** an Donnerstagen in ungeraden Wochen findet von 9 bis 9.45 Uhr am Standort in Rüdnitz, Wohnpark, Parkplatz Bürgermeisterstraße und von 10 bis 12.30 Uhr in Biesenthal auf dem Marktplatz statt.

Die Sprechstunden auf der **Werneuchentour** an den Freitagen der ungeraden Wochen finden wie üblich von 9 – 10 Uhr in Ahrensfelde an der Sparkasse und von 10.30 – 12 Uhr in Werneuchen auf dem Marktplatz statt.

CINDY PANZER

Rote Linien

Amerika bringt seine Truppen in Stellung!

Die syrische Regierung hat angeblich die von Obama ausgedachte Rote Linie überschritten. Beweise gibt es nicht, aber die gab es im Irak auch nicht und Amerika hat Land und Leute ins Unglück gestürzt.

Wenn es um Kriegsverbrechen gehen sollte, ist Amerika Spitzenreiter darin, Rote Linien zu überschreiten: Nur die USA ließ bisher Atombomben auf Städte abwerfen, wobei viele hunderttausende Menschen grausam ermordet wurden. Nicht zu vergessen, daß es die USA waren, die in Vietnam ganze Gebiete mittels chemischer Waffen verseuchte.

Kriegsverbrecher haben schon viele rote Linien überschritten, sie gehören zum Schutz der Menschen, lebenslang ins Gefängnis.

Ich fordere die Bundesregierung auf, sich unverzüglich von diesen Kriegsplänen zu distanzieren. Weiterhin dazu, unverzüglich Obama vor dem militärischen Vorhaben zu warnen und darauf hinzuweisen, daß es sich nach den Festlegungen der UNO um einen klaren Aggressionkrieg handelt.

ELISABETH MONSIG, Gartz

Weltfriedenstag

Am 1. September war Weltfriedenstag. Ein Weltkrieg wie vor 74 Jahren droht derzeit nicht. Von einer Welt in Frieden kann dennoch keine Rede sein. An vielen Stellen der Welt lodern die Kriegsbrände.

Deutschland, dessen Überfall auf Polen damals den Weltkrieg in einen Weltkrieg übergehen ließ, mischt heutzutage in einer ganzen Reihe von Kriegen in der Welt mit. Afghanistan und Kosovo sind aktuell die personalintensivsten Auslandseinsätze mit rund 4.500 bzw. mehr als 700 Soldaten. Weitere Kontingente der Marine mit zusammen rund 750 und der Luftwaffe mit 100 Einsatzkräften agieren im Mittelmeer, vor den Küsten Somalias und in Mali. Auch in den zentral- und ostafrikanischen Bürgerkriegsregionen (Sudan, Südsudan, Kongo, Uganda, Somalia, Kenia) ist die Bundeswehr mit präsent.

Vor der Schwelle, in einen neuen Krieg involviert zu werden stehen nun – am diesjährigen Weltfriedenstag – die Bundeswehrkontingente in der Türkei. Seit Anfang des Jahres sind dort zwei Staffeln des Patriot Flugabwehrsystems und AWACS-Einsatzkräfte mit bis zu 400 Bundeswehrsoldaten im Einsatz.

Im Nachbarland Syrien tobt ein blutiger Bürgerkrieg. Offiziell geht es bei dem Bundeswehreininsatz um den Schutz des türkischen Luftraums. Das ist legitim, denn die Türkei sind als NATO-Partner mit der BRD verbündet. Tatsächlich bilden die deutschen Patriots jedoch die Reserve für die seit langem von den syrischen Rebellen geforderten »Schutzzone« über Syrien.

GERD MARKMANN

Willkommenskultur

Eberswalde (bbp). Die anhaltenden rückläufigen Bevölkerungszahlen im Brandenburgischen Viertel könnten bald Vergangenheit sein. Dabei helfen könnte der Beschluß des Kreistages, die dem Kreis zugeteilten Flüchtlinge zunehmend dezentral in Wohnungen unterzubringen. Vor allem Familien sollen vor langdauernden Aufenthalten in Asylbewerberheimen bewahrt werden.

Das Brandenburgische Viertel ist eines der Gebiete, wo schon heute Flüchtlinge leben. Die Kriege in aller Welt ließen den Strom der Flüchtlinge in letzter Zeit wieder ansteigen. Daher werden weitere Unterbringungsmöglichkeiten benötigt. Für die Vermieter im Brandenburgischen Viertel hat das den Vorteil, daß bislang leerstehende Wohnungen neue Nutzer finden. Dabei wird berücksichtigt, daß die Integration von Flüchtlingen in die hiesige Gesellschaft nicht immer einfach ist.

Auf Anregung von Ortsvorsteher Carsten Zinn hat Bürgermeister Friedhelm Boginski am 2. September Akteure ins Bürgerzentrum an der Schorfheidestraße eingeladen, die sich im Brandenburgischen Viertel und darüber hinaus für die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund engagieren. Dahinter steht die Idee, eine Art Runden Tisch für Toleranz und eine antirassistische und diskriminierungsfreie Willkommenskultur im Brandenburgischen Viertel zu etablieren.

»Für mich ist es besonders wichtig«, sagte der Ortsvorsteher, »daß die Einwohnerinnen und Einwohner rechtzeitig und umfassend informiert und mitgenommen werden«. Mangelnde Transparenz hingegen schaffe ein Milieu für Trittbrettfahrer aus rechtsradikalen Kreisen.

Eine ausführliche Information, ließ Bürgermeister Friedhelm Boginski wissen, werde es zur Einwohnerversammlung am 16. September geben.

Jugendhilfeplan liegt aus

Freie Träger können Einsicht nehmen

Eberswalde (prest-bar). Mit dem Jugendhilfeplan wird die Jugendhilfe im Landkreis Barnim für die kommenden Jahre organisiert. Der Jugendhilfeplan für die Jahre 2013 bis 2017 liegt derzeit in der Barnimer Kreisverwaltung zur öffentlichen Einsichtnahme aus.

Alle freien Träger der Jugendhilfe im Landkreis sind aufgefordert, sich das Papier anzuschauen und Hinweise zu geben, bevor es vom Barnimer Kreistag verabschiedet werden kann. Anmerkungen und Hinweise werden bis zum 15. September 2013 entgegengenommen.

Der Plan kann Jeden Freitag von 13 Uhr bis 15 Uhr eingesehen werden. Er liegt aus in der Kreisverwaltung Barnim (Jugendamt, Haus C, 1. OG, Raum 117), Wunderlich-Haus, Am Markt 1 in 16225 Eberswalde.

Der Kreistag wird laut Plan im Herbst über den Jugendhilfeplan entscheiden.

Abriß von Wohnraum geht weiter

Eberswalde (bbp). Die Wohnungsbaugenossenschaft Eberswalde-Finow e.G. (WBG) setzt den Abriß ihrer Wohngebäude im Brandenburgischen Viertel fort. Demnächst werden die Häuser in der Lübbenauer Straße von der Bildfläche verschwinden. Der Abschluß eines entsprechenden Vertrages zwischen der Stadt Eberswalde und der WBG wird am 10. September im Ausschuß für Bau, Planung und Umwelt der Stadtverordnetenversammlung behandelt und am 19. September im Hauptausschuß entschieden. Eine Ablehnung ist nicht zu erwarten, da die Stadt nur Fördermittel weiterreicht und keine Eigenmittel beisteuern muß.

Ursprünglich hatte die WBG ganz andere Pläne mit diesen Wohnblöcken. In einem gemeinsamen Planungsprojekt mit der Agora+

Projektentwicklungsgesellschaft aus Angermünde sollte aus den kompakten Sechs-Etagen-Blöcken eine höhendifferenzierte Aneinanderreihung von drei bis sechsgeschossigen Häusern werden. Ein Teil der Wohnungen sollte durch Fahrstuhl und außenliegende Laubengänge barrierefrei werden (BBP 7/2012).

Von diesen Plänen nahm die WBG jedoch bald Abstand. Eine wesentliche »Entscheidungshilfe« dürfte die Fortschreibung der »Städtebauförderungsrichtlinie« vom 7. September 2012 gespielt haben. Nun standen wieder Fördermittel für einen Abriß zur Verfügung, bis zu 70 Euro pro Quadratmeter. Den entsprechenden Antrag reichte die WBG am 26. April 2013 ein. Insgesamt sollen 93 Wohn- und zwei Gewerbeeinheiten abgerissen werden.

Abriß-Millionen nicht für Eberswalde

Eberswalde (bbp). Die brandenburgische Landesregierung stellt in einem Sonderprogramm im Jahr 2014 bis zu acht Millionen Euro für den Abriß leerstehender Wohnungen bereit. Genutzt werden können die Gelder von Städten mit bis zu 20.000 Einwohnern. Rund 2.000 Wohnungen sollen dort abgerissen werden. Die Wohnungsunternehmen in Eberswalde werden

hingegen aus diesem Programm kein Abriß-Geld bekommen.

Landesweit wurden zwischen 2002 und 2009 über 50.000 Wohnungen abgerissen, vor allem in größeren Städten. Inzwischen ging der Abrißbedarf zurück. Guben und Cottbus haben sogar Abrißgelder aus dem Stadtumbauprogramm I zurückgegeben.

Energieholz auf Rückbauflächen

Eberswalde (bbp). Im Rahmen der Diskussionen zum neuen Klima- und Energiekonzept der Stadt Eberswalde kamen auch Ideen zur Sprache, die nach dem Abriß von Wohnhäusern im Brandenburgischen Viertel entstandenen Brachflächen mit schnellwachsenden Baumarten wie Pappeln oder Weiden zu bepflanzen.

Das produzierte Holz kann dann direkt im Stadtgebiet energetisch genutzt werden. Zugleich entstehen so auf den derzeit ungenutzten Flächen neue Lebens- und Aufenthaltsräume. Daher sollen die Pflanzungen auch nicht

auf Höchststränge getrimmt werden, sondern unter ästhetischem Blickwinkel gestaltet werden. Eine Untersuchung der Standortbedingungen hinsichtlich Nährstoff- und Wasserversorgung sowie die Auswahl der Baumarten kann in Kooperation mit der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNEE) erfolgen. Schließlich muß mit den Flächeneigentümern dann noch ein geeignetes Bewirtschaftungsmodell ausgehandelt werden, wobei wegfällende Kosten der Flächenunterhaltung kein schlechtes Argument sind.

Wozu brauchen wir Ehrenbürger?

Die Stadt Eberswalde soll einen neuen Ehrenbürger bekommen. Eine verdiente Persönlichkeit, die kürzlich verstorben ist. Eine posthume Verleihung der Ehrenbürgerschaft gab es bisher nicht. Sie ist aber möglich. Die Entscheidung, wer Ehrenbürger einer Stadt wird, ist eine höchst öffentliche Angelegenheit. Dennoch soll die Stadtverordnetenversammlung nichtöffentlich über die Ernennung des neuen Ehrenbürgers entscheiden.

Im Juni war bereits eine entsprechende Vorlage seitens der Stadtverwaltung zurückgezogen worden, weil offensichtlich Fragen auftauchten, wodurch die erforderliche Zweidrittelmehrheit der gesetzlichen Zahl der Stadtverordneten (mindestens 24) nicht sicher war. Nunmehr gibt es informelle Nachfragen, ob und inwieweit der Ehrenbürgervorschlag von den Fraktionen mitgetragen wird. Die Stadt-

verwaltung scheut die Öffentlichkeit, weil angenommen wird, daß die Ehre des vorgesehenen Ehrenbürgers durch eine etwaige Diskussion beschädigt werden könnte.

Tatsächlich ist es so, daß dies bereits durch die Heimlichtuerei geschehen ist. Egal, wie die Entscheidung am Ende lauten wird, der potentielle Ehrenbürger ist bereits in seiner Ehre düpiert. Dieser Makel wird bleiben.

Zu fragen ist in diesem Zusammenhang, ob die Verleihung von Ehrenbürgerwürden überhaupt noch zeitgemäß ist. Menschen haben immer Stärken und Schwächen. Verdienste haben auch ganz viele Menschen, die nicht Ehrenbürger wurden. Welches Recht haben wir, den einen Menschen gegenüber den anderen als einen besonderen herauszuheben? Heißt es nicht, daß wir alle vor dem Gesetz gleich sind?

GERD MARKMANN

Webers Ablage:

Streit ist noch nicht vom Tisch

Eigentlich sollte am 7. August eine weitere Verhandlung vor dem Arbeitsgericht Eberswalde stattfinden, aber im Rechtsstreit Kerstin G. versus Landkreis Barnim unterbreitete der Landkreis ein höheres Angebot für einen Vergleich, den die Klägerin annahm. Zu hoch war das Risiko, vor dem Arbeitsgericht zwar Recht zu bekommen, aber den Rechtsstreit wegen des Einspruchs des Landkreises in der zweiten Instanz weiterführen zu müssen. Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Rechtsstaat, in dem jeder sein Recht suchen kann. Aber Recht zu bekommen setzt voraus, daß man auch die nötigen finanziellen Mittel dazu hat. Und die hatte die Klägerin nicht, und sie konnte auch nicht auf die Unterstützung des Kreistages vertrauen.

Zur Erinnerung: Der Landkreis hat das Altenheim Webers Ablage in Finow verkauft. Der Beschluß wurde nach einer kontroversen Debatte im Kreistag gefaßt. Neben der Sinnfälligkeit des Verkaufs spielte dabei die Frage der Übernahme der Arbeitskräfte eine besondere Rolle. Ohne die Aufnahme einer Arbeitsplatzgarantie für die Beschäftigten in den Kreistagsbeschuß wäre dieser sicher nicht zustande gekommen. Wie berechtigt die Sorge um die Übernahme aller Mitarbeiter war, wurde darin deutlich, daß niemand der 15 Mitarbeiter den Betriebsübergang zum Käufer des Altenheimes mitgemachte. Die neuen Arbeitsvertragskonditionen waren so schlecht, daß alle ehemaligen Beschäftigten des Altenheimes dem Betriebsübergang widersprachen und somit vom Landkreis übernommen werden mußten. Aber in einem Falle lehnte dies der Landkreis ab, weil die Beschäftigte Kerstin G. einen befristeten Arbeitsvertrag hatte. Es war aber bereits die dritte Befristung und die war rechtlich nicht zulässig. Nachdem das Arbeitsgericht dies festgestellt und erklärt hatte, daß der Arbeitsvertrag unbefristet sei, kündigte der Landkreis der Mitarbeiterin und bestritt deren Anspruch auf Weiterbeschäftigung durch den Landkreis. Dagegen richtete sich die Klage.

Der Landkreis hatte durchaus auch die Möglichkeit, auch Kerstin G. weiterzubeschäftigen. Ihre Bewerbung für entsprechende freie Arbeitsplätze nutzte die Kreisverwaltung nicht zur Problemlösung, sondern lehnte trotz ab. Auch das Engagement einzelner Kreistagsabgeordneter für die Weiterbeschäftigung von Kerstin G. brachte die Kreisverwaltung nicht zum Einlenken. Auf meine Abgeordnetenfrage im Kreistag am 12. Juni wurde weiter mit der Befristung des Arbeitsvertrages und mit stellen-



technischen Problemen argumentiert. Im Kreisausschuß erklärte Landrat Ihrke, Personalfragen können nicht öffentlich debattiert werden, und ließ ein Dutzend Bürger (in Anwesenheit fast des ganzen Personalrates) einfach abblitzen. Die Sozialdezernentin Ulonska blieb auf Einwohnerfragen bei ihrer Position, die Kreisverwaltung habe den Kreistagsbeschuß erfüllt und dieser gelte für Kerstin G. nicht.

Gemeinsam mit Johannes Madeja wandte ich mich in einem Offenen Brief an alle Kreistagsabgeordneten (BBP 7/2013), sich für die beschlußgetreue Umsetzung des Kreistagsbeschlusses einzusetzen, und forderten den Landrat auf, der Klägerin sofort einen Arbeitsplatz für die Weiterbeschäftigung anzubieten. Aber auch darauf gab es keine Resonanz. Daß der Landrat beratungsresistent ist, war absehbar, aber die Kreistagsabgeordneten müssen sich fragen lassen, wie sie ihre Pflicht zur Beschlußkontrolle wahrnehmen.

Besonders delikat in diesem Zusammenhang ist, daß das Büro des Kreistages den Offenen Briefes nicht an alle Kreistagsabgeordneten weiter versandte. Zunächst ohne Begründung wurde auf meinen Protest erklärt, der Offene Brief stünde nicht im unmittelbaren Zusammenhang mit der Kreistagsarbeit, obwohl im Zentrum des Briefes die korrekte Einhaltung des Kreistagsbeschlusses stand.

Nun ist zwar der Arbeitsgerichtsprozeß Kerstin G. Gegen den Landkreis Barnim durch Vergleich beendet, aber nicht die notwendige Auseinandersetzung mit dem Landrat über den Umgang mit Kreistagsbeschlüssen und seinem rechtswidrigen und unsozialen Umgang mit Angestellten des Landkreises. Von der Fraktion BVB/Freie Wähler liegt darüber hinaus ein Beschlußantrag zur Klarstellung des Kreistagsbeschlusses zum Verkauf des Altenheimes vor.

ALBRECHT TRILLER

»Telekomstraße«:

Ein Sommerlochthema

Vielleicht ist das »Sommerloch« Schuld daran, daß sich die Medien der sogenannten Telekomstraße wieder stärker zuwenden. Den Anlaß dazu gab ein Antrag von Stadtverordneten, die Machbarkeit des Ausbaus der L 293 zwischen Finow und Biesenthal zu überprüfen. Dabei hatte die Stadtverordnetenversammlung erst 2008 ein Verkehrsentwicklungskonzept beschlossen, in dem festgestellt wird, daß eine Nutzung der Telekomstraße »für den Kfz-Verkehr...weder notwendig noch sinnvoll ist«.

Seither hat es keine Veränderungen gegeben, die zu neuen Entscheidungen führen müßten. Eher gibt es Entwicklungen, die den Ausbau dieser Straße noch fragwürdiger machen. So sind die Flugplatzpläne erst einmal passé, das flugplatzaffine Gewerbe ist bedeutungslos geworden, die Photovoltaikanlagen auf dem Flugplatz brauchen die Straße nicht, die Kreuzung Großer Stern ist schon stark belastet...

Geändert haben sich seit 2008 die Zusammensetzung der Stadtverordnetenversammlung, und damit möglicherweise auch das Meinungsbild zur Telekomstraße. Die neu aufgerollte Debatte ist sicher auch im Zusammenhang mit dem Bundestagswahlkampf zu sehen. Auch die Kommunalwahlen stehen im kommenden Jahr wieder an. Neu gegründet hat sich eine Bürgerinitiative pro Telekomstraße, die vor allem von Unternehmerinteressen getragen ist, und hat damit auch »Finower Bürgerinitiative Pro Finow – Gegen den Ausbau der Telekomstraße«, die es schon seit März 2005 gibt, wieder auf den Plan gerufen. Am 27. August folgten mehr als 60 Bürger der Einladung der Bürgerinitiative in die Freie Oberschule Finow, um sich über den aktuellen Stand zu informieren und Schritte gegen den Ausbau zu diskutieren. Dabei kam es auch zum Meinungstreit mit einigen Befürwortern der Telekomstraße, die mehrheitlich aber kein Verständnis fanden, vor allem wegen mangelnder Sachargumente.

Man darf gespannt sein, mit welchen Informationen zur Biesenthaler Straße/Telekomstraße die Stadtverwaltung in der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt am 10. September im Familiengarten aufwartet. Zu wünschen ist, daß sie am beschlossenen Verkehrsentwicklungskonzept festhält.

ALBRECHT TRILLER

Fahrbare Klapp-Bühne

Eberswalde (bbp). Der Kreissportbund hat sich eine fahrbare und ausklappbare Bühne angeschafft und auf dem Gelände des REKI e.V. (Schorfheidestr.) stationiert. Jan Toron vom REKI e.V. beantragte beim Sprecherrat »Soziale Stadt« einen Zuschuß zum Bau einer abschließbaren Umfriedung. Dafür steht die Bühne künftig für Veranstaltungen im Brandenburgischen Viertel kostenfrei zur Verfügung.

Ausstellung im Heidekrug

Seit dem 1. September ist im Heidekrugsaal in Joachimsthal (Brunoldstr. 1) eine Ausstellung des Joachimsthaler Künstlers Holger Mahling zu sehen. Die Interessen des Sportwissenschaftlers, der lange Zeit in Berlin als Lehrer tätig war und sich erst 2006 ganz der Kunst zugewandt hat, sind weit gefächert. Er komponiert, schreibt und malt. Seine Bilder sind ebenso vielgestaltig wie er selbst. Auf der Website des Künstlers können Sie sich ein Bild von seiner Arbeit machen.

GISBERT AMM

»Tag der Jugend«

Mit Rudio im Club am Wald

Eberswalde (bbp). Mit dem Eberswalder Alternativ-Rapper Rudio als »Headliner« wird es am Freitag, dem 13. September, dem »Tag der Jugend 2013« von 14 bis 20 Uhr einen kulturellen Höhepunkt im Brandenburgischen Viertel in Eberswalde geben.

Der erste »Tag der Jugend« fand 2012, ebenfalls im und am »Club am Wald« statt. Nach der Auswertung der im Laufe des Jahres 2011 durchgeführten Umfragen der vergleichenden Sozialstudie zum Brandenburgischen Viertel sind Jugendliche des Ortsteils deutlich seltener in Vereinen und Initiativen aktiv, als anderswo in Eberswalde. Daher soll mit dem »Tag der Jugend« den Initiativen, Vereinen und Institutionen Gelegenheit gegeben werden, sich zu präsentieren, Informationen über ihre Tätigkeit zu geben und unter den Jugendlichen um Mitwirkung zu werben.



Im Vorjahr kamen nach Veranstalterangaben rund 200 Besucherinnen und Besucher zum »Club am Wald«. Diesmal sollen über die Jugendlichen des Viertels hinaus auch Menschen aus anderen Teilen der Stadt in den Kiez gelockt werden. Dem soll das Bühnenprogramm mit Rudio im Mittelpunkt dienen. So werde man »gerade auch das Bild des Viertels nach außen positiv beeinflussen«, meint Jörg Humrich von der Stiftung SPI, die als einer der Träger fungiert, wobei die Organisation federführend in den Händen der Jugendkoordinatorin der Stadtverwaltung Katrin Forster liegt. Vorschläge, den Tag an einem Sonnabend durchzuführen und das Jugendkonzert in die Zeit bis 24 Uhr zu verlegen, wurden nicht aufgegriffen. »Besonderheit des diesjährigen Kinder- und Jugendtages«, so Katrin Forster, »ist das Format einer Auftaktveranstaltung als Beteiligung am Themenjahr 'spiel und ernst – ernst und spiel' von Kulturland Brandenburg«.

So findet an diesem Tag zugleich die U-18 Wahl statt. Das sind landesweite Vorwahlen für junge Menschen unter 18 Jahren. Sie dienen dem Ziel, junge Menschen die parlamentarische Demokratie schon vor den realen Wahlen näher zu bringen und eine Auseinandersetzung mit politischen Themen zu fördern. Der Auftakt zu einem medienpädagogischen Projekt, das sich mit Gesundheitsthemen auseinandersetzt, ist ein weiteres Thema am »Tag der Jugend«. Das Bühnenprogramm mit der Band Rudio und die GEMA-Gebühren sollen aus den Projektmitteln des Programms »Soziale Stadt« finanziert werden. Jeweils mit 500 Euro. Einen entsprechenden Förderantrag hat die Stiftung SPI dem Sprecherrat vorgelegt, der am 5. August darüber entschieden hat.

Lehren für die Zukunft ziehen

Gregor Beyer (FDP) gedachte der Schließung der forstlichen Fakultät in Eberswalde

Vor 50 Jahren, im August 1963 wurde die forstliche Fakultät in Eberswalde aus politischen Gründen geschlossen. »Die Begründung muss uns heute Mahnung sein«, erklärt FDP-Landeschef Gregor Beyer, der an dem Gedenktag in Eberswalde teilnimmt. Die Fakultät wurde seinerzeit »wegen mangelhafter politischer Erziehung« geschlossen. Daß nunmehr anlässlich des Gedenktages eine Stele gleichen Namens enthüllt werden soll, sei ein wichtiger Beitrag auch im Rahmen der aktuellen politischen Debatten. Gleichzeitig hebt Beyer hervor, wie wichtig eine profunde historische Aufarbeitung unserer jüngeren Geschichte ist. »Ich erneuere aus diesem Anlaß gerne unsere Forderung nach Schaffung eines entsprechenden Brandenburi-

schen Lehrstuhls der Geschichtswissenschaften«, so Beyer. So seien auch die genauen Hintergründe der damaligen Fakultätsschließung bis heute nicht umfänglich erforscht. Umso mehr sei das Engagement der »Hochschule für nachhaltige Entwicklung« und des »Fördervereins für Lehre und Forschung« zu würdigen, welches die Feierstunde und ein entsprechendes wissenschaftliche Projekt möglich gemacht hat.

»Nur wer weiß, woher er kommt, kann aus möglichen falschen Weichenstellungen lernen und es künftig besser machen«, plädiert Beyer. Es müsse darum gehen, historische Forschung und den Transformationsprozeß in gesellschaftliches Handeln aktiv zu gestalten.

IVONNE BERNDT

Sängerin mit Überraschungen

Angelika Weiz bei »Offene Worten mit Dagmar Enkelmann«

Mit einer Überraschung warteten die »Offenen Worte« am Sonntag, den 11. August, auf: Bevor Gastgeberin Dagmar Enkelmann die erste Frage stellen konnte, gab Sängerin Angelika Weiz eine Kostprobe ihrer kraftvollen Stimme und trug die Soulballade »I Believe I Can Fly« von R. Kelly von 1996 vor.

Im gut besuchten Bernauer Treff 23 machte sich sogleich Konzertatmosphäre breit. Auch ihrem Ruf als Freigeist mit jeder Menge Humor und als einer Künstlerin, die kein Blatt vor den Mund nimmt, machte Angelika Weiz alle Ehre. Aufgewachsen im thüringischen Eichsfeld und gefördert durch den musikalischen Großvater habe sie bald entdeckt, daß Sängerin zu sein ihre Passion ist. Zwecks beruflicher Absicherung absolvierte sie eine Fotografen-Lehre, schlug dann aber eine professionelle musikalische Laufbahn ein. Weiz, die mit vielen Show-Größen der DDR auf der Bühne gestanden hatte, weiß viele Geschichten zu erzählen – über ihre Freundschaft zur Silly-Sängerin Tamara Danz, wie sie mit dem Opernsänger Siegfried Vogel auftrat oder wie sie zu einer Ost-Ausgabe der westdeutschen Disco-Band »Sil-

ver Convention« gemacht werden sollte. Letzteres lehnte sie natürlich ab. Nicht nur weil sie – ein altes, von Enkelmann ausgegrabenes Zitat bestätigend – musikalisch »eher auf Krawall stehe«. Künstlerische Kompromisse sind ihr Ding nicht. Allein die Story, wie Weiz 1988 zu ihrer ersten Amiga-Platte kam, wäre schon abendfüllend gewesen. Am Ende sorgte der einzige, eigentlich auf Forderung der Plattenfirma hineingekommene, deutschsprachige und von Weiz kritisch erweiterte Song »Unsere Heimat« dafür, daß die Platte zurückgezogen wurde und erst nach der Wende 1992 erschien.

Auf die Arbeit ist Weiz, die sich selbst als »absolute Pazifistin« sieht, nach wie vor stolz. Ihre Variante von »Unsere Heimat« habe heute noch Gültigkeit, sagte sie fast nebenbei im Treff 23. Alle musikalischen Stationen von Weiz – seien es ihr Gospel- oder ihr Händelprojekt oder die Zusammenarbeit mit dem Filmorchester Babelsberg – waren in den knapp zwei Stunden kaum abzuhandeln, wie auch ihre Arbeit als künstlerische Leiterin der Kulturbrauerei in Berlin. Ihre Erfahrungen aus gut 40 Jahren Leben von und mit der Kunst brachte Weiz so auf den Punkt: Vor der Wende hätten die Kulturfunktionäre gewußt, ohne die Künstler würde es sie nicht geben. Nach der Wende dachten die Funktionäre dann, die Künstler wären Dienstleister.

Zum Ende wartete Weiz noch mit einer weiteren Überraschung auf. In den nächsten Tagen werde sie nach Lanke umziehen. Dagmar Enkelmann nahm ihr noch das Versprechen ab, im Barnim in absehbarer Zeit ein Konzert zu geben.

MANFRED SCHWARZ



Reformen und Wahlen in Deutschland

Politiker diskriminieren!

Die folgenden Überlegungen wurden vor einigen Jahren im Hinblick auf damalige Wahlen niedergeschrieben. Auch heute steht eine Bundestagswahl bevor. Kurz zuvor wurde am Wahlrecht herumgewerkelt, weil das höchste Gericht die Regelungen zu den Ausgleichs- und Überhangmandaten monierte. Den Kern des Wahlrechts berührte dieses Reformchen nicht. Inzwischen kann man auch über einen aktuellen Vorfall nachdenken. Der britische konservative Premier Cameron hatte zur Intervention in Syrien aufgerufen und sich dabei wie ein Tollwütiger aufgeführt. Dann wurde das Unterhaus aus den Ferien zur Sondersitzung einberufen, um der beabsichtigten Kriegsteilnahme Großbritanniens zuzustimmen. Der Plan fiel durch. Die Abgeordneten hatten die vehemente Kriegsablehnung in den Wahlkreisen mitbekommen. Das britische Wahlrecht ist ein reines Personenwahlrecht, das Kandidaten bzw. Abgeordnete direkt mit den Wählern konfrontiert.

Daß Deutschland Reformen braucht, hört man allenthalben. Daß alle bisherigen Reformen halbe Sachen sind, sagen auch viele. Aber auch Kleinvieh macht Mist. Die Frage ist weniger, wie groß das Vieh ist, sondern auf wessen Haufen der Mist landet. Bis dato meistens bei denjenigen, die ohnehin die größten Höfe haben. So wie die Welt ist, muß sie nicht bleiben. Sie kann auch schlechter werden. Die mit den großen Höfen werden schon finden, daß die Welt schlecht ist, wenn der Mist nicht immer nur ihre Acker düngt. Aber werden wir konkret.

Die Bundestagsabgeordneten werden zur Hälfte in Wahlkreisen, zur Hälfte auf Parteilisten gewählt. Sie sind nicht ihren Wählern, sondern nur ihrem Gewissen verpflichtet, so sie eines haben, was allerdings nicht kontrollierbar ist. Jedenfalls in der Theorie. In der Praxis sind sie ihrer Partei verpflichtet, genauer, ihren Parteiapparaten. Über die Zuteilung der Wahlkreise und über die Fraktionsdisziplin, die in keinem Grund- oder sonstigen Gesetz festgelegt ist. Was nirgends verordnet ist, kann man nicht abschaffen. Kann man nicht?

Parteienforscher haben ausgerechnet, daß in den deutschen Parteien eine verschwindende Minderheit von aktiven Mitgliedern und Funktionären sowohl mittels der innerparteilichen Wahlen, darunter Besetzung der Gremien und Vergabe der Wahlkreise, als auch mittels programmatischer Festlegungen die politischen Entscheidungen beeinflusst. Die Abgeordneten, sofern sie wiedergewählt werden wollen, sind in feste Bande geschlagen und unterwer-

fen ihr Gewissen gehorsam den Wünschen der Parteioberen, welcher Mist auch immer produziert werden soll und für wessen Acker.

Das ließe sich ändern. Man müßte die Mandatsträger dem Terror der Parteigremien entziehen und dem Terror ihrer Wähler unterwerfen. Bei den Direktmandaten aus den Wahlkreisen würde es genügen, eine Abwahlmöglichkeit innerhalb der Legislaturperiode einzuführen, ähnlich wie das bei den Bürgermeistern bereits Praxis ist. Die Abgeordneten würden sich dann schon überlegen, ob sie Wählermeinungen ignorieren und den Fraktionszwängen oder Lobbyisteninteressen folgen und dabei ihre Abwahl riskieren. Nur eine Schwierigkeit gibt es: eine solche Wahlrechtsänderung müßten genau die Fraktionen beschließen, deren Einfluß dadurch beschnitten würde. Selbst linke Parteien werden dabei kalte Füße bekommen.

Etwas schwieriger ist es, die Listenmandate der Parteien stärker an den Wählerwillen zu binden. Aber ein Rezept dafür gibt es ebenfalls schon. Bei Kommunalwahlen kann der Wähler in manchen Bundesländern die Rangfolge der Listenkandidaten ändern bzw. seine Stimmen bei einzelnen Kandidaten häufen (*»kumulieren«*) oder auf verschiedene Kandidaten selbst unterschiedlicher Listen verteilen (*»panaschieren«*). Wenn man diese Regelung auf Landtags- und Bundestagswahlen anwenden würde, stiege zwar der Auswertungsaufwand, aber die Listenwahl würde ebenfalls den Charakter einer Personenwahl bekommen. Der Wähler könnte früheres Verhalten konkreter Abgeordneter

belohnen oder bestrafen, während die Wirkung des in den Parteigremien zugeteilten Listenplatzes geringer wäre.

Ferner: Die Richter der oberen Bundesgerichte, die auch in die Gesetzgebung der Abgeordneten korrigierend eingreifen können, werden vom Bundestag (bzw. Bundesrat) gewählt. In der Theorie. In der Praxis werden die Richter durch den Richterwahlausschuß bestimmt, dem in der Regel nur Vertreter der beiden größten Parteien angehören (BVerfGG § 6). Zwar können alle Fraktionen Richterkandidaten vorschlagen, doch entscheiden eben die großen Parteien im Richterwahlausschuß, weil die d'Hondt-Regel Vertreter der kleineren dem Ausschuß fern hält.

Parteien erhalten nach bestimmten Regeln staatliche Gelder. Dabei werden nicht nur die Zahl der Stimmen bei Wahlen und die Höhe der Mitgliedsbeiträge, sondern auch die Spenden von dritter Seite – ohne Unterscheidung zwischen Personen und Korporationen – honoriert. Also: die Partei, der die meisten Vermögenden (die entsprechend höhere Beiträge zahlen) angehören, bekommt mehr Geld vom Staat. Die Partei, die die höchste Spendensumme aufweisen kann, erhält ebenfalls mehr Geld. Zwar gibt es ein Anrechnungslimit, aber dennoch begünstigt diese Art der Parteienfinanzierung die Interessenvertreter des Besitzes.

Bisher war nur von den Regeln der Politik, nicht von ihren Inhalten die Rede, weil die Parteiendemokratie wesentlich eine formale Demokratie ist. Das ist auch verständlich, denn die Besitzer des Kleinviehes und die der großen Höfe werden sich wohl über das Einsammeln des Mistes einig werden, aber nicht darüber, auf wessen Acker er kommt.

Diskriminieren heißt unterscheiden. Das Wort hängt allerdings auch mit lat. *crimen* (Schuld, im weiteren Sinne Verbrechen) zusammen, d.h. man unterscheidet zwischen Besserem und Schlechterem. Was in Bezug auf Herkunft, Geschlecht usw. zu Recht verboten ist – in Bezug auf das Handeln der Politiker ist es dringend nötig und geboten.

Auch dazu ein aktuelles Beispiel. Merkels Außenminister Westerwelle (FDP) wandte sich gegen eine Syrien-Intervention ohne Mandat des UNO-Sicherheitsrats. Gleichzeitig fand Entwicklungsminister Niebel (FDP), für den Angriff auf Syrien sei ein solches Mandat nicht nötig. Wie nun – ist Niebel für Außenpolitik zuständig, oder ist ein völkerrechtswidriger Angriff ein Element der Entwicklungspolitik? In Deutschland ist die Mehrheit der Bevölkerung wie in England gegen einen Angriff auf Syrien, nur interessiert das die Politiker nicht. Hier ist Gelegenheit, zu diskriminieren.

Allerdings – Diskriminierung schlechter Politik reicht nicht aus. Politiker, die das Wohl ihrer Wähler mißachten, müssen nicht nur diskriminiert, sondern sanktioniert, d.h. mit Sanktionen belegt werden. Die beste Sanktion ist, solchen Leuten kein Mandat für weiteres Handeln zu geben.

ROLF RICHTER

»Gemeinsam für unsere Stadt«

Grüne Bundestagsabgeordnete bei der »Perspektive Oderberg«

Der ländliche Raum steht vor vielfältigen Herausforderungen. Wenn die Wirtschaftskraft urbaner Zentren und damit eine ausreichende Perspektive fehlt, ziehen viele Menschen weg und der demografische Wandel verstärkt diese Entwicklung. Deshalb sind tragfähige und nachhaltige Lösungen notwendig.

Die »Perspektive Oderberg« hat es geschafft, die Einwohner Oderbergs zu einem gemeinsamen Engagement zu bewegen. Sie wollen den Verfall der Stadt aufhalten und neue Ideen zur Belebung der früher florierenden Kleinstadt

entwickeln. Den Akteuren ist es gelungen, die Stimmung in der Stadt deutlich zu verbessern und ein gemeinsames Verantwortungsgefühl zu erzeugen.

CORNELIA BEHM

Die bündnisgrüne Bundestagsabgeordnete Cornelia Behm traf sich am 27. August mit Solveig Opfermann und weiteren Akteuren der »Perspektive Oderberg« auf dem Raddampfer »Riesa« im Oderberger Binnenschiffahrtsmuseum, um sich über die Arbeit, die Herausforderungen und die Erfolge auszutauschen.

Stark mit schwarz-gelb

Auf Einladung des Bundestagsdirektkandidaten Martin Hoeck besuchte der bildungspolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion Patrick Meinhard die Uckermark und den Barnim.

Zunächst stand ein Besuch der Waldhofschule in Templin gemeinsam mit dem bildungspolitischen Sprecher der FDP-Fraktion im Landtag Brandenburg, Andreas Büttner, an. Durch die Schulleiterin, Frau Uibel, wurde den Besuchern zunächst die Schule gezeigt und das Schulkonzept erläutert. Anschließend ging es im Gespräch um die Situation der Schulen in freier Trägerschaft nach den drastischen Kürzungen durch die rot-rote Landesregierung sowie um das Thema Inklusion.

Martin Hoeck äußerte nach dem Besuch Unverständnis über das Vorgehen der Landesregierung gegen die freien Schulen: *»Freie Schulen sind ein wichtiger Anker der Bildungsvielfalt in unserem Land. Die Attacken von rot-rot auf die freien Schulen in Brandenburg sind maßlos und müssen beendet werden.«*

Patrick Meinhardt lobte das Konzept der Schule und äußerte die Hoffnung, daß mehr Schulen in Deutschland so arbeiten würden wie die Waldhofschule in Templin.

Nach dem Besuch in Templin fuhren die Politiker nach Eberswalde und besuchten dort zunächst die Oberbarnimschule. Bei dieser Schule in freier Trägerschaft wurden die Politiker durch das vor kurzem eröffnete neue Schulgebäude geführt.

In einer 10. Klasse bestand die Möglichkeit auf Fragen der Schüler zu antworten. Die Schüler wollten vor allem wissen, wie die Gäste zu ihrem eigenen Wahlprogramm stehen und fragten, was mit der Aussage gemeint sei, daß ausländische Arbeitnehmer künftig ein geringeres Einstiegsgehalt benötigen, um eine Aufenthaltserlaubnis zu bekommen. Ebenso wurde die Meinung zu Schulen in freier Trägerschaft geführt.

Martin Hoeck sagte zu dem Besuch: *»Es war beeindruckend, wie gut vorbereitet die Schüler waren. Offensichtlich haben sie sich mit den unterschiedlichen Wahlprogrammen auseinander gesetzt. Ich würde mir wünschen, daß mehr Menschen dies bewußt tun.«*

Der Abschluß bildete eine Wahlveranstaltung der FDP Eberswalde, die mit einem Grillabend verbunden wurde. Martin Hoeck hob in seiner Ansprache ebenso wie Patrick Meinhardt hervor, daß es am 22. September 2013 zu einer Richtungsentscheidung in Deutschland kommt. *»Wollen wir die vier erfolgreichen Jahre weiterführen, damit Deutschland stark bleibt oder wollen wir, daß rot-rot-grün dieses Land regiert und die Menschen, insbesondere die Arbeitnehmer, immer mehr belastet?«* fragte Martin Hoeck die Anwesenden.

»Deutschland kann nur unter schwarz-gelb weiter stark bleiben!« so das Resümee des Bundestagskandidaten.

FDP Eberswalde

Besuch in der Kleiderkammer

Mit einem kräftigen Händedruck verabschiedet der erwerbslose Fleischermeister Ulrich Marg seine hochkarätigen Gäste. In den Räumen des Arbeitslosenverbandes (ALV) machten sich am 14. August die beiden Bundestagsabgeordneten der LINKEN Sabine Stüber und Diana Golze ein persönliches Bild von der ehrenamtlichen Arbeit des Verbandes, der im WBG-Vereinshaus in der Havellandstraße 15 seinen Sitz hat.

Als Ein-Euro-Jobber hilft Ulrich Marg anderen Erwerbslosen bei der Erstellung von Bewerbungen, was oft nicht einfach ist, wenn z.B. sämtliche Angaben zum Lebenslauf fehlen.

Der ALV betreibt die Kleiderkammer für Menschen mit geringem Einkommen seit Ende 2011. Aufgebaut wurde sie von einigen Frauen in Eigenregie und mit Hilfe von Fördermitteln aus dem Programm »Soziale Stadt«. Das Auslaufen der Förderung bedrohte den Fortbestand. Ortsvorsteher Carsten Zinn vermittelte damals den Kontakt zum ALV.

Sabine Stüber, Direktmandatsträgerin der LINKEN für Uckermark-Barnim im Deutschen Bundestag, unterhielt sich mit Edeltraud Jubi über die schwierige Lage der Finanzierung der Kleiderkammer. Die Kreis- und Ortsvorsitzende des ALV beklagte, daß die MAE-Kräfte (Ein-Euro-Jobs), die den Betrieb der Kleiderkammer absichern, zu kurzfristig eingesetzt werden. Nach kurzer Zeit kommen immer wieder neue Leute, die jedesmal unter hohem Aufwand der ehrenamtlichen Verbandsmitglieder neu eingearbeitet werden müssen.

Diana Golze, selbst zweifache Mutter, staunte über das Angebot der Kleiderkammer und fand es gut, wenn man hier preiswerte Sachen für seine heranwachsenden Kinder bekommen kann. Kleidung, Geschirr, Spielzeug und



Bücher kann man gegen eine kleine Spende entgegennehmen.

Alle Anwesenden waren sich darin einig, daß ohne die ehrenamtliche Arbeit viele Angebote für die Menschen nicht mehr möglich wären.

Auch die Ausweitung der geringfügigen Beschäftigung war ein Thema des Gesprächs, wobei Ulrich Marg darauf hinwies, daß ohne die 400-EUR-Kräfte viele Bereiche der Wirtschaft einfach nicht mehr funktionieren würden. Leider allzu oft auf dem Rücken der Betroffenen, die zusätzlich Hartz IV benötigten.

Zum Abschluß bedankte sich Sabine Stüber mit einem Blumenstrauß bei Edeltraud Jubi für die aufopferungsvolle Arbeit des Arbeitslosenverbandes.

JÜRGEN GRAMZOW

Zur Zukunft der Landwirtschaft

Diskussion mit Cornelia Behm, agrarpolitische Sprecherin der Grünen im Bundestag

Der Kreisverband Barnim von Bündnis 90/Die Grünen hatte am 27. August zu einer Diskussionsrunde zur Zukunft der Landwirtschaft in die Gaststätte »Zum Farmer« nach Lüdersdorf eingeladen.

Vor dem Hintergrund zahlreicher Projekte zur Massentierhaltung in unserer Region sowie stark steigender Kauf- und Pachtpreise für landwirtschaftliche Flächen stand Cornelia Behm, agrarpolitische Sprecherin der Bündnisgrünen im Bundestag, Rede und Antwort zu möglichen Alternativen.

In der Landwirtschaft und in unseren ländlichen Regionen vollzieht sich ein radikaler Strukturwandel. Kleine und mittlere Höfe geben auf, immer mehr Land fällt in die Hände von Investoren.

CDU, SPD, LINKE und Agrarfunktionäre befördern diesen Prozeß. Sie schicken unsere

Bauern in einen aussichtslosen Wettbewerb. Unter dem Prinzip »Wachse oder weiche« breiten sich agrarindustrielle Strukturen aus, die Arbeitsplätze vernichten und losgelöst von regionalen Strukturen zum Ausbluten der ländlichen Regionen führen. Profiteure dieser Politik sind wenige Großhandelskonzerne, Investoren, Agrochemiekonzerne und Mega-Landwirtschaftsbetriebe. Verlierer sind die kleinen und mittleren Bauern, die Menschen auf dem Land, die Verbraucher sowie der Tier- und Umweltschutz. Zudem werden die Entwicklungschancen des Tourismus beschnitten.

Bündnis 90/Die Grünen halten diese Entwicklung nicht für alternativlos. Wir sind überzeugt, daß Ernährungssouveränität und lebenswerte ländliche Regionen nur mit einer sozialen und ökologischen Landwirtschaft zu erreichen sind. Cornelia Behm informierte über die Ziele und Inhalte einer »grünen Agrarwende« und diskutierte mit den Gästen, wie eine zukunftsfähige Politik für den ländlichen Raum aussehen muß.

ELKE ROSCH, Sprecherin des Kreisverbandes Bündnis 90/Die Grünen Barnim

»AJUDA heißt Hilfe.« Hilfe zur Selbsthilfe für Menschen in Guinea-Bissau. Ausstellung im Bürgerzentrum DIE LINKE, Berliner Str. 17, 16321 Bernau über die Arbeit des gleichnamigen Vereins. Noch bis Anfang Oktober.

Der DGB und die Bundestagswahl

Eberswalde (bbp). Vorrangig an die Mitglieder von Betriebs- und Personalräten im Barnim sowie interessierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der jeweiligen Betriebe und Einrichtung richtet sich eine Einladung des DGB-Kreisverbandes Barnim zu einer Diskussion mit Direktkandidatinnen und -kandidaten zur Bundestagswahl im Wahlkreis 57 (Uckermark-Oberbarnim), die am Donnerstag, dem 12. September, um 17.30 Uhr in der Aula des Stadtcampus der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNEE) stattfindet.

»Am 22. September haben wir durch die Wahrnehmung unseres Wahlrechtes die Möglichkeit«, schreibt der DGB-Kreisvorsitzende Ralf Kaiser, »den politischen Kurs in Deutschland mitzubestimmen. In Deutschland gibt es große regionale Unterschiede u. a. in der Lebensqualität und den Ar-

beits- und Lebensbedingungen. Besonders gravierend sind die hohe Langzeitarbeitslosigkeit und das durchschnittlich geringe Lohnniveau in unserem Landkreis Barnim.«

Zugesagt für die Veranstaltung haben Jens Köppen (CDU, bereits Mitglied des Bundestages seit 2005), Martin Hoeck (FDP), Sarah Polzer-Storek (B90/Grüne), Sabine Stüber (Die Linke, Inhaberin des Direktmandats seit 2009) sowie Stefan Zierke (SPD).

»Nutzt bitte rege die einmalige Möglichkeit«, so Kaiser, »die Wahlbewerber zu ihrem Engagement für ihren Wahlkreis, also für uns, zu befragen und gemeinsam zu diskutieren, was Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, aber auch von Arbeitslosigkeit bedrohte Menschen oder bereits in der Arbeitslosigkeit befindliche Bürger von ihnen für die neue Wahlperiode erwarten.«

Luffturmuseum Finowfurt am 14. September:

Museumfest am Flugplatz

Unser Museumsfest soll, wie im Vorjahr, ein Zusammentreffen der Gemeinschaft der Freunde des Museums aus Nah und Fern, den zahlreichen Akteuren der Museumsarbeit und möglichst vielen Besuchern sein. Zum Saisonende sollen dabei möglichst alle Bereiche in Aktion gezeigt werden. Ein Fest für Familien, Hobbyhistoriker und Technik Begeisterte.

Beginn unseres Festes ist um 10 Uhr. Wir haben viel vor an diesem Tag, hier eine kleine Auswahl:

- 1/8 Mile-Beschleunigungs- und Showfahrten mit Fahrzeugen bis Baujahr 1983*
- Fahrzeugparade mit Prämierung des originellsten Fahrzeugs
- Kettenspektakel, große und kleine Panzer etc. on Tour
- neu aufgebaute Ausstellung »Alltagsgegenstände der DDR«
- Schatzsuche für Groß und Klein mit Profis eines Bergungsunternehmens
- Flugzeug- und Panzermodelle in Aktion
- Eberswalder-Segway-Spaß (bekannt vom Familiengarten Eberswalde)
- alte Feuerwehrfahrzeuge, die mit Blaulicht und Sirene zum Feuerlöschen ausrücken
- Verkehrswacht e.V. mit speziellen Verkehrsprints für Kinder

- ehemalige sowjetische Militärfahrzeuge, die ausgestellt und vorgeführt werden
- Quads, mit denen die lieben Kleinen durch die Gegend fahren können
- Spezialisten der Luffturmarchäologie, die über die Suche nach Flugzeugwracks und deren Geschichte informieren
- diverse Ausstellungen in den Flugzeugsheltern und Ausstellungsräumen
- Trödelmarkt für Luffturm-, Eisenbahn-, Modellbau- und sonstige historische Themen der auch für private Kleinanbieter und Enthusiasten offen ist
- für das leibliche Wohl wird auch gesorgt

Unterstützen Sie das Luffturmuseum Finowfurt mit folgenden Eintrittspreisen:
 Tagespreis: 6 Euro
 Tagespreis Kinder 6 bis 13 Jahren: 3 Euro
 Teilnehmende historische Fahrzeuge mit Fahrer erhalten freien Eintritt.

Für den Trödelmarkt bitten wir um eine Anmeldung bis zum 13. September 2013 per Telefon: 03335/326216 oder E-Mail: info@luffturmuseum-finowfurt.de.

Dr. SCHÄFFER

* 10 bis 12 Uhr technische Abnahme, Fahreralter mindestens 25 Jahre.

Bahnhofsinsel zum Mitmachen

Auf dem Eberswalder Bahnhofsvorplatz soll 2014 die Bahnhofsinsel entstehen, ein Projekt des ALNUS e.V. (Arbeitsgemeinschaft für Landschaftspflege, Naturschutz, Umweltbildung und Stadtökologie) in Zusammenarbeit mit der Stadt Eberswalde (BBP 8/2013).

Zentrum soll ein Solitärbaum sein, unter dem man sich treffen und sitzen kann. Auch für Blumen, Sträucher und originelle Pflastergestaltung ist Platz. Kleine Kunstwerke und In-

formationen zu Stadt und Umland könnten die Installation vervollständigen.

Am 14. September gibt es eine erste öffentliche Veranstaltung zum Projekt. Im Internet ist unter bahnhofsinsel.alnus-eberswalde.de ein Mitmachen ebenfalls möglich.



ALNUS e.V. Eberswalde

Die DEPPen bleiben

Am 22. September sind Bundestagswahlen. Es gibt mehrere Parteien, die in der einen oder anderen Weise mit der Losung vom Grundeinkommen um Stimmen werben. Von der wirklichen Umsetzung eines bedingungslosen Grundeinkommens von 1.500 Euro für jeden Erwachsenen und 500 Euro für jedes Kind, wie es unsere Initiative für ein bedingungsloses Grundeinkommen fordert, sind diese Parteien aber weit entfernt.

Dabei wird ein bedingungsloses Grundeinkommen sogar in der CDU diskutiert, als »Bürgergeld«, das sich allerdings generell am Existenzminimum ausrichtet. Mehr als ein verbessertes Hartz IV kommt da nicht heraus. Auch bei den Bündnisgrünen gibt es solche Überlegungen, im Jahr 2007 sogar einen Parteitagebeschluss für ein bedingungsloses Grundeinkommen – in Höhe von 420 Euro (!). Selbst die FDP spricht von einem »Bürgergeld«, das aber nicht bedingungslos sein soll und eher eine Absenkung des gegenwärtigen Hartz IV-Niveaus zur Folge hätte. In der SPD gibt es zu dem Thema an der Basis Diskussionen.

Die Piraten haben die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen in ihrem Bundestagswahlprogramm. Allerdings gibt es keine konkreten Vorstellungen. Die Piraten wollen eine Enquete-Kommission im Bundestag gründen, die über die Einzelheiten palavern soll. »Noch vor Ende der Legislaturperiode« wollen sie gesetzliche Grundlagen für Volksabstimmungen auf Bundesebene schaffen. Weil über das Grundeinkommen per Volksabstimmung entschieden werden soll. Keine schlechte Idee – allerdings kann das dann frühestens in vier bis fünf Jahren sein. Der Piratenchef Bernd Schlömer wurde konkreter und sprach von einem »Sockeleinkommen« von 100 bis 200 Euro, das man »dann vielleicht hochfährt bis 400 Euro«. Außerdem will er eine Bedürftigkeitsprüfung, womit er die eigene Forderung im Wahlprogramm auf den Kopf stellt.

Die Linkenvorsitzende Katja Kipping nannte das »Armut per Gesetz«, womit sie zweifellos recht hat. In ihrer Partei hat sie als Verfechterin eines bedingungslosen Grundeinkommens keine Mehrheit. Im Linken-Wahlprogramm steht, »dieses Konzept wird in der Partei kontrovers diskutiert«. Auch hier: »Wir befürworten die Einrichtung einer Enquete-Kommission zum Grundeinkommen im Deutschen Bundestag«. Das hatten schon die Piraten.

Mit den derzeitigen Bundestagsparteien ist keine Änderung zu erreichen, schrieb ich in der Mai-Ausgabe dieser Zeitung. Jetzt kann ich hinzufügen: Mit den künftigen auch nicht!

Die DEP bleibt auch in den nächsten vier Jahren an der Macht. Der Weg zu einer Bürgerpartei, die wirklich die Interessen der Mehrheit des Volkes vertritt, ist noch weit. Wir werden weitermachen. Machen Sie mit!

JÜRGEN KLAUS MEIßNER, Initiative für ein bedingungsloses Grundeinkommen

Agro-Gentechnik

Die Ökologische Plattform bei der Partei DIE LINKE hat eine neue Broschüre zur Agro-Gentechnik von Anneka Cooke und Christian Rehmer veröffentlicht. In der Schrift geht es um die Chancen und Risiken transgener Pflanzen und Tiere. Die agrarpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE, Dr. Kirsten Tackmann, betont in ihrem Vorwort: »Für die einen ist die Agro-Gentechnik eine Wunderwaffe gegen Hunger oder Klimawandel, für die anderen ist sie Teufelszeug. Beide Lager werfen sich gegenseitig vor, unseriös zu sein. Maschinenstürmer seien die einen und gekaufte Lobbyisten die anderen.« Daher freue sie sich, daß die Ökologische Plattform in ihrer Schriftenreihe »Beiträge zur Umweltpolitik« diese neue Gentechnik-Broschüre herausbringe.

Die Broschüre bietet in dreißig Kapiteln einen umfassenden Überblick über etliche Fragen, die in Verbindung mit der Agro-Gentechnik häufig gestellt werden, wobei es vor allem um die Pflanzen geht: Sie klären darüber auf, was transgene Pflanzen von anderen Pflanzen unterscheidet. Sie informieren über die rechtlichen Grundlagen und volkswirtschaftliche Kosten. Die einzelnen Kapitel sind als Fragen konzipiert und so aufgebaut, daß sie unabhängig voneinander gelesen und als Nachschlagewerk genutzt werden können.

CHRISTIAN REHMER

Christian Rehmer ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Bundestagsabgeordneten Dr. Kirsten Tackmann und Anneka Cooke Studentin der Geoökologie an der Universität Potsdam. Beide sind in der Landesarbeitsgemeinschaft Umwelt der Brandenburger Linkspartei aktiv.

Bruder Amadeu

Im vergangenen Monat, am 12. August, wäre Amadeu Antonio 51 Jahre alt geworden. Er konnte er seinen Geburtstag nicht feiern, denn vor 23 Jahren wurde er in in Eberswalde von einem rassistischen Mob erschlagen, der Jagd auf Schwarze machte.

Erinnert wurde ich durch Berichte von poc (people of color) über aktuelle rassistische Übergriffe. Schwarze wurden in Eberswalde im Bus beschimpft und der Schimpfende erhielt durch den benachrichtigten Busfahrer kein Hausverbot, weil dieser »öfter Probleme macht«. Schwarze wurden bedroht und es wurde versucht in ihre Wohnungen einzudringen. Tatverdächtige wurden von der Polizei nicht verfolgt, weil diese »ohne Verletzte nichts machen könnten«. Immer wieder berichten Schwarze davon, daß sie grundlos auf der Straße und im Bus angepöbelt und aggressiv angegrabscht wurden. Statt mit der Begrüßung »Guten Tag« wurden Schwarze oft mit dem Hiltlergruß empfangen.

Das passierte alles in diesem Jahr, alles seit April. In Eberswalde.

KAI JAHNS, Koordinierungsstelle für Toleranz Eberswalde



Braune Ökologen

Rechte unterwandern die Umweltbewegung. Linke Gegenstrategien sind nötig

von Sabine Stüber

Rechtsextreme treten kaum noch glatzköpfig und in Springerstiefeln auf. Sie sind unterdessen in verschiedensten Gruppierungen und Parteien gut organisiert und bauen sich, nicht ohne Erfolg, vor Ort ein »Kümmerer-Image« auf. Dabei nutzen sie modernste Kommunikationsmittel und verbreiten so in Kommentaren und mit Forderungen ihre Sichtweise auf gesellschaftlich relevante Themen, zu denen auch der Umwelt- und Naturschutz gehört. Neben Informationsbroschüren, Beiträgen in Printmedien, Flyern bis hin zu Angeboten für naturkundliche Wanderungen nutzen sie das Internet und soziale Netzwerke. Vom Artenschutz und Naturerlebnis über ökologischen Landbau, gesunde Ernährung bis hin zur Energiewende bietet der Umwelt- und Naturschutz ein weites Feld, auf dem sich jeder engagieren kann – auch Neonazis. Nach Meinung des Leipziger Historikers Nils Franke hat die NPD das Thema Naturschutz aktiv aufgegriffen, und Rechtsextreme sind unterdessen in der Umwelt- und Naturschutzbewegung in ganz Deutschland anzutreffen. Die Vereine sind sich der damit verbundenen Unterwanderungsgefahr kaum bewußt. Es ist höchste Zeit, dieses Problem in die öffentliche Diskussion zu bringen. Naturschutzaktive aus Verbänden, Bildung, Wissenschaft und Verwaltung müssen für rechtsextreme Tendenzen sensibilisiert werden, die in dem bunten Mäntelchen der gesamten Themenpalette der Ökologie daherkommen können. Folglich sind Aufklärung und Auseinandersetzung mit der »modernen« rechtsextremen Ideologie dringend erforderlich.

Woran sind rechte Einflüsse in Vereinen zu erkennen und vor allem, wie können sich Vereine davor schützen? Solange es scheinbar nur um »reinen« Naturschutz geht, ist das Gedankengut dahinter kaum zu erkennen. Wenn das ganze aber mit Begriffen wie »Reinheit« unserer Arten, »Heimatschutz durch Naturschutz« oder gegen eine »Überfremdung« einhergeht, wird der Hintergrund klarer. Damit die Umwelt- und Naturschutzbewegung nicht instrumentalisiert werden kann, müssen – ebenso wie im Breitensport und im ländlichen Raum – Strategien gegen eine rechtsextreme Vereinnahmung in ihre politische Agenda aufgenommen werden.

Was macht Ökologie für die rechtsextreme Szene so interessant? Zum einen wird das Eintreten für die Natur von der Zivilgesellschaft mit Sympathie aufgenommen. Zum anderen unterscheiden sich umweltpolitische Positionen der Rechtsextremen für sich betrachtet oft

kaum von denen der restlichen Umweltbewegung. Ein Blick auf die Homepage der NPD macht deutlich, was gemeint ist: Die NPD, aber auch andere Neonazigruppierungen, fordern einen besseren Artenschutz, sind gegen Agrogentechnik und für ökologischen Landbau, verlangen die konsequente Eindämmung des Flächenverbrauchs und einen präventiven ökologischen Hochwasserschutz. Das alles steht auch in Programmen von demokratischen Umweltverbänden und zum Teil in den Programmen anderer Parteien, und so ist, wenn solche Forderung für sich allein stehen, auf den ersten Blick häufig nicht erkennbar, daß sie in eine rassistische und demokratiefeindliche Ideologie eingebettet sind.

In der deutschen Geschichte war der Begriff Heimatschutz lange Zeit dem des Naturschutzes gleichgestellt. Das Reichsnaturschutzgesetz schrieb 1935 ein völkisch-rassistisches Ökologieverständnis fest. Und erst unglaubliche 28 Jahre nach Gründung der Bundesrepublik wurde dieser nationalistische Ansatz 1977 im Bundesnaturschutzgesetz gestrichen.

Allein diese Tatsache muß zu denken geben. Die NPD jedenfalls knüpft in ihrem Programm an die alte Denkweise an. Insbesondere bei den eher »unverfänglichen« Aussagen ist äußerste Skepsis angebracht: Wenn man die eigentliche Botschaft der rechten Naturschützer verstehen will, muß man sich immer wieder ihren ideologischen Hintergrund vor Augen führen.

Biologische Landwirtschaft, nachhaltige Produktionsweisen, Artenschutz, Antiatomkraft-Proteste und Demonstrationen gegen Gentechnik: All diese Themen interessieren eine immer breitere Öffentlichkeit. Kein Wunder also, daß die NPD und andere neofaschistische Gruppen versuchen, verstärkt in der Mitte der Gesellschaft Fuß zu fassen. Um dieser Entwicklung entgegen zu wirken, ist eine Auseinandersetzung mit rechtsextremem Ideologie und ihren Strategien sowie mit Maßnahmen gegen die Vereinnahmung des Natur- und Umweltschutzes erforderlich. Ein linker Ansatz geht sowieso über den Natur- und Artenschutz an sich hinaus. Es besteht eine Dialektik zwischen Kampf um soziale Veränderung und Schutz der Umwelt: Natur- und Artenschutz sind nur in einem sozialen Umfeld durchzusetzen, indem nicht jeder Baum, jedes Tier und der Boden nur nach seinem »Marktwert« als Ware betrachtet wird.

Dieser Artikel erschien zuerst in der »jungen welt« vom 17.04.2013

Blumberger auf dem Pulverfaß

Wissen Sie was das ist: der »Grüne Punkt«? Wir, gemeint ist die Bundesregierung, sind mächtig stolz darauf. Und wir, gemeint sind jetzt die Bürger, betreiben fleißig Mülltrennung – zum Nulltarif versteht sich – nachdem wir die Verwertung der sorgsam getrennt gesammelten Wertstoffe beim Einkauf bezahlt haben.

So richtig will das System »Grüner Punkt« auch nach so vielen Jahren leider nicht funktionieren. Das Problem ist die Verwertung. Darunter verstehen wir natürlich in erster Linie die stoffliche Verwertung. Kurz gesagt: aus Kunststoffen alt entstehen wieder Kunststoffe neu. Hier »klemmt die Säge«. Von einer hundertprozentigen Verwertung sind wir nach wie vor weit entfernt. Die »warme« Verwertung ist auf dem Vormarsch. Das, was wir Bürger nicht dürfen – zu Recht, wie ich meine – das betreiben Verbrennungsanlagen in großem Stil und sind sogar stolz auf die »thermische Verwertung«.

Aber es kommt noch schlimmer. Wer die Kunststoffe annimmt und vorgibt, sie sortieren und verwerten, also vermarkten zu wollen, der bekommt für die Annahme Geld. Aber annehmen, lagern, sortieren und verwerten, das kostet. Von dem Geld, das man durch die Annahme eingenommen hat, bleibt dann nicht mehr viel übrig, kein so gutes Geschäft. Hingegen brummt das Geschäft, wenn man die Kunststoffberge wachsen läßt. Irgendwann sind sie dann so hoch, daß es selbst den Behörden auffallen muß. Dann sind die Kunststoffrecyclingunternehmen – so nennen sie sich in aller Bescheidenheit, obwohl sie nur selten etwas recyceln, d.h. in den Stoffkreislauf zurückführen – überfordert und melden Konkurs an.

Dann sitzen die Gemeinde und der Landkreis auf den Müllbergen, die nun »warm« entsorgt werden. Wenn es »gut« geht, dann kommen sie in eine Müllverbrennungsanlage. Das ist jedoch nicht die Regel. Die Regellösung ist das Abbrennen vor Ort, nach Selbstentzündung, wie man uns einreden will, in Wahrheit jedoch nach Brandstiftung. Die Brandstifter werden selten gefaßt und noch seltener müssen sie den Schaden – der geht nicht selten in die Millionen – selbst bezahlen. Wir Barnimer haben einschlägige Erfahrungen. Es hat gebrannt – in Bernau bei BRESTO und GEAB (4 Tage) und in Eberswalde ein Altreifenlager. Die warme Entsorgung haben wir, gemeint sind wir Steuerzahler, natürlich wieder finanziert. Feuerwehreinätze über mehrere Tage sind teuer und dann sind verschmutzte Luft und verseuchtes Wasser noch nicht bezahlt! Jüngster Fall: »Eine Million Euro Schaden in Mahlow« (MOZ vom 28. August 2013).

Vielleicht der nächste Fall: Großbrand in Blumberg. Da liegen hunderte, vielleicht tausende Tonnen Kunststoff im wahrsten Sinne vor der Haustür, seit zwei Jahren. Jetzt ist das Unternehmen pleite und es ist warm und trocken. Landrat und Landesumweltamt sahen

bisher keinen Handlungsbedarf. Sie haben aus den Erfahrungen der Vergangenheit nichts, aber auch gar nichts gelernt. Sie gehen immer von einem bestimmungsgemäßen Betrieb aus und bei Kontrollen, wenn sie denn stattfinden, sehen sie nichts. Vielleicht sind das ja Beamte mit Seh-Handicap!?

Nachdem eine Bürgerinitiative monatelang auf die katastrophalen Verhältnisse aufmerksam gemacht hat, räumt das LUGV (Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz) nun endlich ein, daß es Zweifel am bestimmungsgemäßen Betrieb der Anlage gibt und jetzt schreitet man zur Tat, unaufhaltsam! Man schwingt die große Keule, die heißt »Anhörung«! – Wer lacht da? Da gibt es nichts zu lachen! Die Behörden, die – kein Mensch versteht das – alle Genehmigungen erteilt haben, sind verdammt nochmal in der Pflicht, den selbst verursachten Unsinn zurückzupfeifen.

Wie heißt das kurze Wort mit den zwei »t« – aber flott! Es gilt, Schaden vom Barnim und vor allen Dingen von den Blumbergern fernzuhalten.

Wie sagte doch der Bürgermeister und Hauptverwaltungsbeamte: Wenn es da brennt, dann müssen wir den Ort evakuieren. Einen Evakuierungsplan, etwa für die Schule oder den Kindergarten, hat er nicht. Aber vielleicht brennt es ja gar nicht!

Nichts liegt näher, als die Sorgen und Ängste der Blumberger zu verstehen und ernst zu nehmen, d.h. zu handeln. Die Blumberger hätten sich gewünscht, daß sich die politischen Parteien und ihre Gemeindevertreter und ihr Ortsvorsteher hier engagieren – leider Fehlanzeige. Immerhin gibt es einen Beschlußvorschlag und Dringlichkeitsantrag für den nächsten Kreistag mit der Aufforderung an den Landrat zu handeln. Antragsteller ist die kleinste Fraktion, BVB/Freie Wähler und es bleibt nun zu hoffen und wünschen, daß der Antrag von der Mehrheit im Kreistag unterstützt wird – bevor es brennt!

JOHANNES MADEJA

Vierter Klimatisch

Eberswalde (bbp). Abgeordnete und Verwaltungsmitarbeiter der Stadt Eberswalde arbeiten an einem Integrierten Energie- und Klimaschutzkonzept für die Stadt. Auf dem inzwischen 4. Klimatisch sollen am 18. September das seit der letzten Beratung im Juni weiterentwickelte Maßnahmenprotfolio vorgestellt und letzte Abstimmungen zum Konzept insgesamt vorgenommen werden.

»Ziel ist es«, sagt die städtische Baudezernentin Anne Fellner, »ein Energie- und Klimaschutzkonzept mit den entsprechenden Projekten zu entwickeln, welches dazu beiträgt, die Zukunft der Stadt Eberswalde gemeinsam und nachhaltig zu gestalten«.

Ökohof Brodowin:

Es ist nicht alles Gold ...

Die ökologische Produktion von landwirtschaftlichen Erzeugnissen ist ein großer Fortschritt. Ökologisch und regional erzeugte Agrarprodukte werden immer beliebter. Auch der Ökohof Brodowin konnte vom Bio-Trend profitieren, insbesondere durch seine Nähe zum großen Absatzmarkt Berlin. Für die Barnimer Region ist das erst einmal gut.

Jedoch bringt die Expansion des Ökohofes Brodowin nicht nur Vorteile mit sich. Die Kehrseite der Medaille ist, daß der Betrieb aufgrund steigender Absatzzahlen in die Versuchung geraten ist, die Intensivierung der ihm zur Verfügung stehen landwirtschaftlichen Nutzflächen um Brodowin zu beschleunigen und – auf Kosten von Natur und Umwelt sowie den Lebensräumen von Tieren und Pflanzen – immer mehr zu produzieren.



Vor etwa zwei Jahren hatte ich Dr. Martin Flade, der seit Mai 2013 das Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin leitet, darauf aufmerksam gemacht, daß die Pufferzonen um die Tümpel nicht genügend respektiert werden. Mit schweren Gerätschaften, die Bodenverdichtung erzeugen, werden diese unter Kultur genommen und haarscharf bis an die Schilfzonen der Stillgewässer gepflegt. Ich kann mich noch daran erinnern, daß man früher vor den Röhricht- und Schilfzonen zumindest noch einen Grünstreifen erhalten hat. Dies war für Naturliebhaber eine Wiese zum Rasten und Verweilen. Der Streifen ist nunmehr nicht mehr da. Düngestoffe können jetzt nahezu ungehindert in die Tümpel fließen, welches zu einer Überdüngung der Gewässer führt. Ein verstärkter Wasserpflanzenwuchs und die Verlandung der Teiche sind das Resultat.

Weiterhin reagieren die darin beheimateten Rote-Liste-Arten Laubfrosch, Rotbauchunke & Co. empfindlich auf die scharfen Dünger. Ihre dünne Haut wird verätzt. An den von mir häufig besuchten Tümpeln gibt es nach meiner Beobachtung nicht mehr so viele dieser beiden Amphibienarten. Froschquaken und Unkenrufe sind kaum noch zu hören.

Vor diesem Hintergrund meine Bitte an die Betreiber des Ökohofes Brodowin: Werden Sie Ihrem Ruf als Ökohof gerecht und lassen Sie für die Wasserlebewesen um die Gewässer einen wenigstens zwei Meter breiten Pufferstreifen als ungedüngte Wiese. Halten Sie die Landschaft einigermaßen intakt. Über eine diesbezügliche öffentliche Stellungnahme des Ökohofes Brodowin zur aufgezeigten Problematik würde ich mich freuen.

Dr. ANDREAS STEINER 11

Rolle und Aufgaben der staatlichen Kombinate für industrielle Mast (KIM) bei der Versorgung der DDR:

Eigenversorgung mit hoher Produktivität

von Dr. Helmut Koch

In Fernsehfilmen und auch in der Presse der BRD ist gegenwärtig zu verzeichnen, daß verstärkt das Leben in der DDR dargestellt wird. Wenn das realistisch – mit Licht und Schatten – erfolgt, scheint mir das auch sinnvoll. Einmal zur Erinnerung der älteren Generation aber vor allem auch zur Information einer inzwischen starken jungen Generation, die diese Zeiten nicht bewußt oder gar nicht erlebt haben. Der Autor möchte deshalb versuchen, anhand der eigenen Erfahrungen die Realitäten der DDR auf dem Gebiet der Land- und Nahrungsgüterwirtschaft in verantwortlichen Funktionen in mehreren Artikeln darzustellen.

In den 60er Jahren entstanden im wahrsten Sinne des Wortes auf der grünen Wiese in einem historisch kurzen Zeitraum 16 große Kombinate für die industrielle Mast (KIM). Parallel dazu wurden Zentren der Getreidewirtschaft und der Mischfutterindustrie als Voraussetzung für die industrielle Tierproduktion aufgebaut, die auch die Volkseigenen Güter (VEG) und die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) mit hochwertigen Futtermitteln versorgte. Mit dieser Entwicklung war eine bedeutende Steigerung der Arbeitsproduktivität und der Produktion in der Tierhaltung verbunden. Versorgungspolitisch war das Ziel, mit Hilfe staatlicher Mastkombinate möglichst schnell die Produktion von Rind- und Schweinefleisch sowie hochwertigem Geflügelfleisch und frischen Eiern zu erhöhen, um den rasch steigenden Verbrauch zu decken. Zurückblickend kann gesagt werden, daß diese Zielstellung erfüllt wurde.

Die jährliche Produktion von Rind- und Schweinefleisch wurde in den Kombinat um 130.000 Tonnen erhöht, die Produktion von hochwertigem Geflügelfleisch, als Goldbroiler bekannt, wurde um 65.000 Tonnen gesteigert. Diese Entwicklung ermöglichte eine höhere Fleischproduktion von über 10 kg pro Kopf der DDR-Bevölkerung. Die KIM-Betriebe produzierten jährlich 2 Milliarden Eier, also 120 Eier pro Kopf der Bevölkerung. Das ermöglichte ein ganzjährig stabiles Angebot von Frischeiern. Auch in den Wintermonaten, wo bisher ein Teil des Bedarfs mit Kühlhauseiern gedeckt wurde.

Alle Kombinate produzierten im Vergleich Azur allgemeinen landwirtschaftlichen Produktion mit einer sehr hohen Arbeitsproduktivität, niedrigen Kosten und in der Folge hohen Gewinnen von mehreren Milliarden Mark. Die Kombinate waren weitgehend auf eine bestimmte Tierart spezialisiert.

So verfügte das Rindermastkombinat in Ferdinandshof in der großen Friedländer Wiese über 42.000 Mastbullenplätze mit einer Jahresproduktion 10.700 Tonnen. Das Geflügelmast-



Das Scheinezucht- und -mastkombinat Eberswalde wurde Anfang der 1990er Jahre abgerissen. Für 60 Millionen DM wurde das Gelände als Technologie- und Gewerbepark hergerichtet. Die Ställe des Schwesterbetriebes in Haßleben stehen noch. Gegen die Wiederinbetriebnahme gibt es massive Proteste.

kombinat in Königs-Wusterhausen produzierte vorwiegend für die Hauptstadt jährlich 200 Millionen Eier, 8.300 Tonnen Geflügel, davon fünf Millionen Broiler. Das Schweinezucht- und Mastkombinat in Eberswalde verfügte über 190.000 Stallplätze für Schweine mit einer Jahresproduktion über 28.000 Tonnen.

Beim Aufbau der Kombinate wurden neben eigenen wissenschaftlich-technischen Erkenntnissen internationale Erfahrungen genutzt. So wurden Pilotanlagen für die Schweinezucht und -mast aus Jugoslawien, für die Rindermast aus England und für die Geflügel- und Eierproduktion aus westlichen Ländern importiert. Für die Breite des Aufbaus der Kombinate schuf man in der DDR eine eigene industrielle Basis. Leichtbauhallen, Futtersilos oder Anlagen der Innenmechanisierung fertigte die DDR in großen Serien selbst.

Eine entscheidende Voraussetzung für die industrielle Tierproduktion in den staatlichen Kombinat aber auch in den VEG und LPG war der Aufbau einer Mischfutterindustrie. So verbrauchten allein die staatlichen Kombinate jährlich über eine Million Tonnen Mischfutter. Auch hier wurden parallel große Komplexe bestehend aus Hochsilos und

Mischfutterwerken aufgebaut. So verfügte beispielsweise der Komplex Eberswalde – ähnlich wie auch andere – Hochsilos für 120.000 Tonnen Getreide sowie Kapazitäten für die Mischfutterproduktion nach wissenschaftlichen Rezepturen von jährlich 280.000 Tonnen.

Die Kombinate produzierten Erzeugnisse einer hohen Qualität. So waren die Goldbroiler ein gern gekauftes Produkt in der ganzen DDR und beliebtes Essen in den Gaststätten. Auch die tägliche Belieferung mit frischen Eiern in allen größeren Städten und Industriegebieten gehörte zum Alltag. Die Mastbullen und Schweine aus den Kombinat waren ein sehr begehrtes Produkt von den Schlachthöfen. In den Kombinat für industrielle Mast galten sehr strenge Regeln in der Hygiene sowohl für Menschen als auch für Tiere und eine strenge Qualitätskontrolle. Das war notwendig, um Tierkrankheiten zu vermeiden oder einzuschränken und qualitativ einwandfreie Produkte für die Versorgung der Bevölkerung auszuliefern.

Fast alle Kombinate oder Produktionsstätten haben, von wenigen Ausnahmen abgesehen, mit veränderten Eigentumsformen nach der Wende weiterhin produziert.

Miniaturbücher ganz groß im Treff 23

Zu einer Lesung mit dem Miniaturbuch-Sammler und Hobby-Autoren Erik Rohrbach lädt die Bundestagsabgeordnete Dr. Dagmar Enkelmann am Montag, dem 9. September 2013, um 18 Uhr in den Treff 23 auf dem Bernauer Kulturhof, Breitscheidstr. 43a, ein. Miniaturbücher, die in jede Handtasche passen, erfreuten sich schon zu DDR-Zeiten großer Popularität. Daraus ist inzwischen eine ganze Buchkultur entstanden. Erik Rohrbach sammelt die Werke nicht nur, sondern gab bereits eine Reihe liebevoll gestalteter Bücher im Miniformat selbst heraus, inzwischen sind es mehr als 36 Titel. Er ist Mitglied im Freundeskreis Miniaturbuch Berlin. Der Eintritt ist frei.

BÄRBEL MIERAU

Einerseits ja, andererseits nein – je und nachdem

Seit Jahren warten die Einwohner eines Städtchens im mittleren Erzgebirge auf die Vollendung einer Umgehungsstraße. Tausende der sogenannten Brummis passieren täglich den Ort. Mautflüchtige meist und LKW, die den kurzen Weg nach Böhmen nehmen. Lärm, Abgase und ein hohes Unfallrisiko machen den Eingeborenen arg zu schaffen, und in den straßennahen Fachwerkhäusern werden die Risse immer zahlreicher, breiter und länger.

Die Ausweichtrasse könnte längst in Betrieb sein – gäbe es nicht ein kleines Wiesenstück im Bauplan, das vom Ameisenbläuling beansprucht wird. Der azurfarbene Schmetterling gehört zu einer raren Spezies, kommt aber nicht nur auf besagter Wiese vor, sondern rundrum auch. Aber eben auch auf dieser Wiese. Seit Jahren prozessieren der Naturschutzbund und Bundesgrüne, um den Bläuling zu seinem Bleiberecht zu verhelfen. Der Straßenbau kommt nicht voran, im Städtchen wird Abgas inhaled und die Anlieger stopfen sich Watte in die Ohren, dieweil der Bläuling munter von Blüte zu Blüte segelt.

Die Dresdner Waldschlößchenbrücke ist gleichsam das sächsische Pendant zum Skandalobjekt Großflughafen Schönefeld. Mit ein paar Unterschieden. In Dresden wurden nicht Milliarden vergeigt, sondern nur ein paar Millionen. Der Brückenbau hat dem Dresdner Elbtal den Weltkulturerbetitel gekostet. Dergleichen stand in der drögen Gegend rund um den Flughafen nie zur Rede. Aber daran, daß es mit dem Brückenbau nicht vorwärts ging, hat im Dresdner Fall nicht eine ewig unintakte Löschapparatur die Schuld sondern – richtig! – eine Prozeßflut, ausgelöst vom NABU und dessen Verbündeten bei den Grünen. Viele derer, die eine Entschönerung der Talweitung befürchteten, haben inzwischen aufgegeben. Wohl auch, weil die fast komplette Brücke, für deren Bau mehr als 60 % der Dresdner votierten, die Ästhetik der Umgebung kaum beschädigt; jedenfalls weit weniger als die Großplattenuntertämme, die sich dicht neben der Brühlischen Terrasse recken. Aber es wird weiter vor die Gerichte gezogen. Nun im Namen des Wachtelkönigs und einer hufeisennasigen Fledermaus. Beider Biotop sei in allergrößter Gefahr,

zerstört zu werden. Daß der kleine Vampir auch in Meißen, ein paar Kilometer stromabwärts, vorkommt und ausgerechnet unter der dortigen Eisenbahnbrücke sein Winterquartier hat, wird seitens der Kläger ebenso verschwiegen wie die Tatsache, daß der letzte Wachtelkönig-Nachweis aus den 50iger Jahren stammt.

Es ist durchaus ehrenwert, sich für bedrohte Arten zu engagieren. Das sei nachdrücklich betont. Aber dann bitte konsequent und überall.

Es ist ja nicht nur so, daß auch die erwähnten Erzgebirgler bedroht sind durch Lärm und Mief – es gibt den Tunnelblick der Öko-Partei-gänger auch in größeren Dimensionen. Überall, wo sie etwas zu sagen haben, werden wahre Wälder aus Windkraftanlagen angelegt und brache Flächen mit Sonnenkollektoren zugeeckt. Tendenz steigend. Da kräht kein Hahn danach, was an heimischer Flora und Fauna zum Teufel geht. Wo sich die dunklen Mattscheiben aneinanderreihen, haben nicht nur Triel und Haubenlerche, sondern auch so ordinäre Spezies wie Hase und Igel keine Bleibe mehr, und für den Brandenburger Wappenvogel hört die Gemütlichkeit auf, wenn ihn die Windräder an das Gefieder gehen.

Merke: Man kann nicht im Detail etwas bekämpfen, wofür man anderenorts eintritt. Wer selbst nikotinsüchtig ist, taugt nicht für eine Antiraucherkampagne.

Diese merkwürdige Doppelstrategie des Sowohl-als auch »fährt« auch das Fernsehen, wobei das noch in Maßen zumutbare öffentlich-rechtliche gemeint ist, nicht die Abwasserkanäle. Der Kontext ist ein anderer, aber das Prinzip ist identisch.

Keine Täter-Such-Sendung von »Kripo live« bis »XY ungelöst«, in der nicht refrainartig vor dem berühmten Enkeltrick gewarnt wird. Je-

mand gibt sich als Kindeskind, Neffe oder Adoptivtochter aus und verlangt Geld. Es ist gut und richtig sich der Zielgruppe (»Senioren«, aber auch Rentner) vorbeugend anzunehmen. Nichts dagegen zu sagen.

Viel dagegen ist aber zu sagen, wenn, manchmal nur eine Sendestunde später in den Talk-Shows neben den üblichen Plappermäzen wie Dall, Karasek oder Genscher auch Wunderheiler, Astrologen und Leute mit Kontakten zu Engeln auftreten, nicht zu vergessen der inzwischen zum Anbieter gesegneter Wäserchen mutierte Erzscharlatan und Ex-Pastor Jürgen Fliege. Nähmen sich die Moderatoren diese Typen couragiert zur Brust und mal so richtig auseinander, könnte man deren Anwesenheit sogar akzeptieren, wäre doch so der Bildungsauftrag der Sender wenigstens »ein Stück weit« bedient. Stattdessen werden die obskuren Gäste durchweg ernst genommen, schonend befragt und behandelt wie ehrbare Mitmenschen und, das ist das eigentlich Makabre, nach ihrem Auftritt beklatscht. Keiner im Studio wagt einen Zwischenruf, niemand schmeißt eine faule Tomate. Dabei lieben diese »Übernatürlichen«, und sie leben nicht schlecht, von der gleichen Masche, mit der Gauner auf niedrigem Niveau senile Omas abzocken. Nutzen die Dummheit der anderen, Wissen vortäuschend und ohne Mitleid.

Der Tag, da man über eine Hotline des RBB ein Medium erreicht zum Zwecke jenseitiger Kontaktierung, scheint nicht mehr fern. Wählen Sie Nullnull drei für den Opa, die Nullnull vier für Herbert Roth und (mit Aufpreis) die Nullnull dreizehn für Walter Ulbricht. »Ich hatte nie die Absicht, keine Mauer zu errichten. So wahr mir Gott helfe...«

Dr. STEFFEN PELTSCH

Jahreshauptversammlung

Brandenburgischen Freundschaftsgesellschaft e.V., BG Eberswalde

Eberswalde (bfg/bbp). Die Eberswalder Basisgruppe der Brandenburgischen Freundschaftsgesellschaft führt am 18. September, 14.30 Uhr in der Brunnenstraße 14 in Eberswalde ihre diesjährige Jahreshauptversammlung durch.

Ein Hauptthema ist die künftige Organisation der Freundschaftsarbeit. Die Vorstandsmitglieder sind mittlerweile überwiegend jenseits der 70 und können sich nicht mehr so einbringen, wie bisher. Die jüngeren Vereinsmitglieder

sind oftmals durch ihre Berufstätigkeit an einem stärkeren Engagement gehindert. Andererseits hatte sich die Freundschaftsgesellschaft aufgrund des großen Anteils Älterer auch »seniorengerecht« eingerichtet und einen großen Teil der Aktivitäten in die frühen Nachmittagsstunden gelegt, was für eine Teilnahme Berufstätiger eher ungünstig war.

»Jedes Mitglied sollte sich deshalb auf diese Veranstaltung vorbereiten und sich Gedanken machen wie er selbst mit dazu beitragen kann, daß diese Freundschaftsgesellschaft fortbestehen kann«, schrieb der langjährige Vorsitzende Waldemar Hickel an die Mitglieder.

Elsa Gebauer
27.03.1932 - 17.08.2013



In tiefer Trauer nimmt die Brandenburgische Freundschaftsgesellschaft e.V. Eberswalde Abschied von einer langjährigen Freundin unserer Freundschaftsgesellschaft. Ein langes Leben im Sinne der Freundschaft zur Sowjetunion ist am 17.08.2013 zu Ende gegangen. Die Brandenburgische Freundschaftsgesellschaft e.V. Eberswalde verliert in ihr einen überzeugten Freund der Völker der ehemaligen Sowjetunion und einen aufrichtigen Menschen. Wir werden ihr Andenken stets in Ehren halten.

Im Auftrage des Vorstandes der BFG e.V. Eberswalde

W.Hickel
Vorsitzender

Barnimer Bürgerpost

abonnieren!

eMail: redaktion@barnimer-buergerpost.de
Tel.: 0 33 34 / 35 65 42, Fax: 0 33 34 / 25 92 10

Im kaiserlichen Deutschland wirkte die Nachricht vom schnellen militärischen Zusammenbruch des türkischen Verbündeten wie ein Paukenschlag. Eine Veränderung der welt-politischen Kräfteverhältnisse zuungunsten des kaiserlichen Deutschlands bahnte sich an. Die politischen und militärischen Entscheidungsträger stellten in den Krisenkonferenzen vom November und Dezember 1912 die Weichen für eine verstärkte Kriegsvorbereitung. Wichtigstes Element war die »Große Heeresvermehrung«, die in den ersten Monaten des Jahres 1913 massiv in Angriff genommen wurde und bis Sommer 1914 abgeschlossen werden sollte.

Inzwischen hatte Bulgarien in der zweiten Phase des 1. Balkankriegs mit serbischer Hilfe die wichtige türkische Festung Edirne (Adrianopel) nach einer mehrwöchigen Belagerung erobert. Im Londoner Vertrag vom 30. Mai 1913 verzichtete die Türkei, bis auf das Vorfeld von Istanbul, auf alle europäischen Territorien.

Der Londoner Frieden kam durch Vermittlung der europäischen Großmächte zustande. Deren Einmischung ließ allerdings die ohnehin vorhandenen Widersprüche zwischen den bisherigen Bündnispartnern eskalieren.

Insbesondere die Interventionen Österreich-Ungarns, Deutschlands und Italiens (die im Dreibund verbündet waren) ermöglichten die Etablierung eines neuen Staates auf dem Balkan. Bereits am 28. November 1912 hatte Albanien seine Unabhängigkeit vom türkischen Reich erklärt. Allerdings waren weite Teile des mehrheitlich von Albanern bewohnten Gebietes durch montenegrinische, serbische und

Vor 100 Jahren:

Weg in die Katastrophe II

Mit den Friedensverträgen von Bukarest und Konstantinopel am 10. August und 29. September 1913 fand der Zweite Balkankrieg sein formales Ende. Im Ersten Balkankrieg hatten die Verbündeten des Balkanbundes (Montenegro, Serbien, Bulgarien und Griechenland) einen schnellen Sieg über die Streitkräfte des Türkischen Reiches errungen (BBP 11/2012).

griechische Truppen erobert worden. Laut Londoner Vertrag mußten die Serben den bereits eroberten Adriazugang wieder aufgeben.

Auch Bulgarien war mit der Kriegsbeute unzufrieden. Es erhob Anspruch auf weite Teile des von Serbien und Griechenland eroberten Mazedoniens. Allerdings hatten Serbien und Griechenland in einem Geheimabkommen verabredet, das vor dem Krieg Bulgarien zugesprochene Mazedonien als Kompensation für die albanischen Gebiete unter sich aufzuteilen.

Österreich-Ungarn versprach den Bulgaren Finanz- und Militärhilfe und heizte dadurch die Situation an. In Verkennung der eigenen Stärke und der neuen strategischen Lage auf dem Balkan überfiel die bulgarische Armee am 29. Juni 1913 ohne Kriegserklärung die verbündeten serbischen und griechischen Truppen zwischen Serres und Saloniki. Diese waren vorbereitet und wehrten die Angriffe ab. Am 9. Juli überschritten rumänische Truppen die bulgarische Grenze und rückten fast kampfflos auf Sofia vor. Zugleich eroberte die Türkei die Festung Edirne zurück. Von vier Seiten bedrängt, kapitulierte Bulgarien. Am 10. August wurde der Frieden von Bukarest unterzeichnet.

Bulgarien mußte die meisten Erwerbungen des 1. Balkankriegs abtreten. Die Lunte auf dem Pulverfaß glimmte weiter. Ein knappes Jahr nur hielt der brüchige Friede bis zur nächsten Balkankrise, die schnell zum Weltbrand wurde.

Für das kaiserliche Deutschland war von Bedeutung, daß nach der türkischen auch die ebenfalls von deutschen »Entwicklungshelfern« nach deutscher Taktik und deutschem Reglement ausgebildete bulgarische Armee im der direkten Auseinandersetzung mit den nach britischen und französischen Grundsätzen ausgebildeten und ausgerüsteten Armeen Serbiens und Griechenlands schmachvoll scheiterte. Allerdings fanden diese Erfahrungen bei der taktischen Ausbildung im deutschen Heer keine Berücksichtigung. Das führte 1914 beim Angriffskrieg in Frankreich zu verheerenden Verlusten und was dazu beitrug, daß der »Blitzkrieg« an der Marne scheiterte.

G.M.

Quellen:

- Bernd F. Schulte: Deutsche Policy of Pretention. Der Abstieg eines Kriegerstaates 1871-1914. © Dr. Schulte 2009
- Nick Brauns: Auftakt zum Weltkrieg, in: junge welt v. 06.07.2013.
- <http://de.wikipedia.org/wiki/Balkankriege>.

10.00 - 10.15 Uhr: Begrüßung und Einführung durch das Luftfahrtmuseum
 10.15 - 11.30 Uhr: Zwischen Aufklärung und Spionage – Zur Rolle der Luftaufklärung im Kalten Krieg
 11.45 - 13.00 Uhr: Bis an die Grenzen von Mensch und Technik – Der Kampf um die Bilder (Zeitzeugenberichte 1)
 14.00 - 15.15 Uhr: Bis an die Grenzen von Mensch und Technik – Der Kampf um die Bilder (Zeitzeugenberichte 2)
 15.30 - 16.45 Uhr: Die wachsende Macht elektronischer Bilder – Funk- und Signalaufklärung
 ab 17.00 Uhr: gemütlicher Ausklang mit Buffet

Als Zeitzeugen stehen bei dieser Veranstaltung u.a. zur Verfügung:

Oberst a.D. der NVA, Bernd Biedermann: Aspekte der militärischen Lage in den 80iger Jahren und die Rolle der Luftaufklärung

Oberstleutnant a.D. Ulrich Scholz, ehemaliger Pantom- und Tornadopilot sowie Fluglehrer der Bundesluftwaffe: Die Bedeutung der Luftaufklärung in der NATO

Hans-Jürgen Ernst, Luftfahrtmuseum Finowfurt: Einsatzcharakteristik der US-Aufklärungsflugzeuge SR-71 Blackbird

Oberstleutnant a.D. Alexander Iwanowitsch Cholod, UdSSR/Russland, ehemaliger Pilot einer MiG-25, stationiert am Flugplatz Finow: Einsatzerfahrungen beim Signal »Jastreb«

Oberstleutnant a.D. Wolf Dietze, ehemaliger Pilot einer MiG-23 und letzter Kommandeur des NVA-Jagdgeschwaders 9 in Peenemünde über das Diensthabende System (DHS)

Oberstleutnant a.D. Jochen Missfeldt, Starfighter- und Phantompilot der Bundesluftwaffe über die Luftaufklärung der Bundesluftwaffe

Oberst a.D. Alexander Agarew, UdSSR/Russland, über die Funkaufklärung der GSSD auf dem Brocken

N.N. über die Funkaufklärung der Bundeswehr

Burghardt Keuthe ehemaliger Oberoffizier für Gefechtsausbildung des FRR-13

Udo Lange, Luftfahrtmuseum Finowfurt: über DDR-Spionageabwehr am Flugplatz Finow zur »Operation Kegels«.

2. Zeitzeugenkonferenz im Luftfahrtmuseum Finowfurt:

Der Kampf um das beste Bild

Luftaufklärung und Luftspionage im Kalten Krieg

Am Samstag, dem 14. September, berichten Zeitzeugen aus Ost und West im Luftfahrtmuseum Finowfurt über ein geheimnisumwittertes Thema: Luftaufklärung und Luftspionage im Kalten Krieg.

Am permanenten Kampf um das beste Bild von der Lage auf der jeweils anderen Seite waren sowohl strategische Aufklärungsflugzeuge der USA beteiligt als auch taktische Kampf-

flugzeuge beider deutscher Staaten. Der Flugplatz Finow war beteiligt. Von hier starteten sowjetische Jagdflugzeuge vom Typ Mig-25P, um die US-Hochleistungsaufklärer SR-71 Blackbird im Fall von Grenzverletzungen abzufangen. Details dieser Operationen sind in der breiten Öffentlichkeit kaum bekannt.

Das Luftfahrtmuseum möchte Abhilfe für Interessierte schaffen und hat Piloten und Funkaufklärer aus Ost und West, die an diesen Operationen beteiligt waren, zu einer eintägigen öffentlichen Tagung eingeladen, bei der sie über ihre damaligen Aufgaben und Erlebnisse berichten werden. Die Tagung findet im Rahmen der Forschungs- und Öffentlichkeitsarbeit des Luftfahrtmuseums Finowfurt zur »Geschichte des Kalten Krieges« statt. Wir laden dazu herzlich in unser Museum ein.

Dr. KLAUS-PETER KOBBE

Anmeldung bis zum 10. September erbeten.
 Unkostenbeitrag: 50 Euro (incl. Mittag, Kaffee, und Abendbuffet).

Wanderfreunde starten durch

Die NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. starten nach der Sommerpause ins zweite Halbjahr. Als Auftakt gab eine Führung zu den Flaumeichen bei Bellinchen.

Eine Dampferfahrt auf dem Werbellinsee mit anschließender kleiner Wanderung ließ bereits die Herzen höher schlagen. Am 8. September gibt es eine Kanutour zur Reiherbuschbrücke. Start- und Endpunkt sind am Bollwerk/Anlegestelle in Bad Freienwalde, nur 5 Minuten vom Bahnhof entfernt. Treff um 13.30 Uhr.

Am 15. September geht es ins »Tal der Liebe« in der Neumark (5 km Spaziergang auf der polnischen Oderseite). Treffpunkt ist um 11 Uhr vor dem Hotel »Zur Fährbühne« in Hohenwutzen (Fährweg 17).

Am 22. September folgt ein Pilzspaziergang mit Apotheker Peter Stegemann durch den Sonnenburger Forst. Wir treffen uns um 13.30 Uhr auf dem Köhlereiparkplatz in der Sonnenburger Straße 3c in Bad Freienwalde.

Desweiteren werden wir erstmals eine interessante Führung durch die Altstadt von Küstrin in der Neumark anbieten. Es gibt eine Biber- und eine Kranich-Wanderung und eine



Wanderung in das Weltnaturerbe Grumsin. Im Herbst begrüßt uns Anna Liebenwaldt wieder an der Brandfichte und an Halloween und es wird eine Martinswanderung zum Baasee geben. Bis zur Weihnachtswanderung ist es dann nicht mehr weit. Seien sie gespannt. Die Veranstaltungsübersicht gibt es kostenfrei beim Verein. Entweder per Post anfordern Telefon 03344-333200 oder im Internet unter www.berg-frei.de einsehen.

BERND MÜLLER

Keine Wanderfalken mehr

Am zweiten Juli-Wochenende führte die Regionalgruppe Oberbarnim-Oderland e.V. der NaturFreunde Deutschlands in Bad Freienwalde ihre Mitgliederversammlung durch. Die Regionalgruppe betreut das Gebiet der Altkreise Bad Freienwalde und Eberswalde. Aber auch in den Gebieten um Angermünde und Schwedt versucht man Akzente zu setzen.

Der Vorsitzende Bernd Müller informierte über die Aktionen des vergangenen Jahres. Es gab zwei Arbeitseinsätze im Bereich Ahrendskehle/Höhenweg. Dabei wurden Wanderwege beschilbert und Wege angelegt. Der Höhenweg bei Bad Freienwalde soll mittelfristig als Natura Trail der Regionalgruppe erfaßt werden.

Der Verein hat beim Barnimer Umweltpreis den 3. Platz errungen, welcher mit 100 Euro Prämie dotiert war (BBP 10/2012). Diese Summe wurde für die Fahrkostenzuschüsse der ausgebildeten Wanderleiter genommen. Als Wanderleiter mit deutschlandweiter Anerkennung wurden Corinna Gerber und Volker Nagel ausgebildet. Volker Nagel ist dabei, sich bis zum Wanderleiterausbilder weiterzuqualifizieren.

Immer mehr regelmäßige Gäste der geführten Wanderungen lassen sich die Teilnahme für die Krankenkasse bestätigen, welche sportliche Aktivitäten wie das Wandern entsprechend honorieren.

Bei der Versammlung gab es eine kleine Umbenennung des Vereins. Aus dem langen Vereinsnamen *Die NaturFreunde Regionalgruppe Oberbarnim-Oderland/»Wanderfalken« e.V.*, Verein für Umweltschutz, Umweltbildung und Kultur wurde nun *Die NaturFreunde Deutschlands Regionalgruppe Oberbarnim-Oderland e.V.*, in der Kurzform *Die NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V.* Somit ist unter anderem der Begriff Wanderfalken aus dem Namen gestrichen. Die Gruppe hatte sich 2002 als *Wanderfalken* gegründet und seither immer im Namen getragen. Dieser war dadurch aber so lang und unvorteilhaft geworden, daß man sich zur Verkürzung entschloß.

Bei der Wahl des Vorstandes wurde der bisherige Vorsitzende Bernd Müller wieder gewählt. Neu gewählt als Stellvertretende Vorsitzende wurde Corinna Gerber aus dem Bad Freienwalder Ortsteil Altranft, die bereits seit längerem die Geschicke des Vereins aktiv mitgestaltet. Nicole Müller-Wiede wurde wieder in ihrem Amt als Kassiererin bestätigt.

In den erweiterten Vorstand wurden gewählt: Volker Nagel und Lothar Koch, beide aus Bad Freienwalde, als Kassenprüfer. Als weitere Funktion übernimmt Lothar Koch die Tätigkeit als Historiker/Archivar des Vereins.

NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V.

Konzerte im Heidkrugsaal

In der ersten Septemberhälfte bieten wir im Joachimsthaler Heidkrugsaal zwei ganz unterschiedliche Konzerte an.

Am Donnerstag, dem 5. September kommt um 20 Uhr die ukrainische Band »Trio Scho« mit ihrem Programm »Kiewer Tramway« nach Joachimsthal. In diesem Programm präsentiert das Trio Scho mit Charme und Temperament eine ganze Palette von Liedern, die der warmen und lebendigen Atmosphäre der Vielvölker-Metropolen Kiew und Odessa entstammen: Evergreens wie »Odessa Mama«, russische Romanzen »in Swing«, aber auch Tangos und Horas bis hin zu jiddischen Liedern, »Sowjetski Rock'n'Roll« und Bossa Nova Russian Style. Die Band spielt auf Einladung der Bundestagsabgeordneten Sabine Stüber. Einlaß ab 19 Uhr. Der Eintritt ist frei.

Am Samstag, dem 14. September 2013 um 15.30 Uhr präsentiert das Salonorchester des Brandenburgischen Konzertorchesters Eberswalde mit seiner Solistin Anna Krauja-Chen »Altberliner Evergreens«. Heiteres aus dem Berlin der 20-er Jahre mit Melodien von Paul Lincke bis Walter Kollo. Der musikalische Streifzug führt von »Frau Luna« bis hin zur »Berliner Luft«. Für ein vokales Vorprogramm sorgt der Chor »Haus am Werbellinsee« aus Altenhof unter Leitung von Uwe Kolberg mit Volks- und Herbstliedern. Der Eintritt beträgt 10 Euro, Kinder bis 12 Jahre 50 % ermäßigt. Es gibt Kaffee und Kuchen.

Wir würden uns freuen, Sie zu einem der Konzerte oder sogar zu beiden begrüßen zu können. Nebenbei könnten Sie die jüngsten Veränderungen im Saal in Augenschein nehmen. Wir haben über den Sommer den Fußboden saniert, neue Tische und Stühle angeschafft und einiges mehr.

GISBERT AMM



Das zweite Jahr unseres Bestehens ist um. Doch am Anfang steht immer ein Ende. So laßt uns die Botschaft genießen und den 2. Geburtstag des Höfeladens feiern! Auf's Herzlichste freuen wir uns mit Euch/Ihnen bei Live Musik mit Erzeugern und Lieferern Produkte aus der Umgebung zu verkosten.

Die Veranstaltung ist kostenfrei und alle sind herzlich willkommen! Ebenso lädt an diesem Abend im Umfeld die Gauklernacht zum Stell-Dichein (www.bernauer-gauklernacht.de). So freut sich also das gesamte Innenstadtquartier. Viel Spaß!

Euer Höfeladen-Team

Weitere Veranstaltungen am 14.9.2013 im Luftfahrtmuseum

1. Anlässlich der Konferenz erfolgt die Vorstellung des neuen Buches eines deutsch-russischen Autorenkollektivs zum Thema »Ein MiG-25 Pilot im Kalten Krieg berichtet«.
2. Parallel tagt die Arbeitsgruppe Scud-Raketen beim Luftfahrtmuseum zum Themenkomplex »Scud-Raketen in der DDR«. Sie kann die Eröffnung einer erweiterten Ausstellung zu diesem Thema im Luftfahrtmuseum feiern.
3. Der Deutsche Luftwaffenring ist anlässlich der Zeitzeugentagung mit einer Delegation unter Leitung seines Vorsitzenden Oberst d.R. Prof. Horst Schuh zu Gast.

Gauner, Männer und starke Frauen

Wildes Open-Air-Musiktheater auf dem Potsdamer Platz

PUNK A GONNY ist eine Geschichte über Gauner, Männlichkeit und starke Frauen. Ein genaues und schwarzhumoriges Abbild der kapitalistischen Welt, in der man alles tun darf, solange man bezahlen kann. Es wird Zeit, die Analyse von Berthold Brechts »Mahagonny« im Gepäck, einen Blick auf unsere heutige vom Geld bestimmte Welt und deren mögliche Alternativen zu werfen. Zeit für: »Punk A Gonny«. Am 11. September wird das wilde Open-Air-Musiktheater auf dem Potsdamer Platz im Brandenburgischen Viertel aufgeführt.

Beginn ist 17.30 Uhr. Der Eintritt ist frei. Die Premiere des von Theaterregisseurin Heike Scharpff inszenierten Stücks ist bereits am 6. September auf dem Gelände des Jugend- und Kulturvereins EXIL an der Eisenspalterei. Dort gibt es am 13. und 14. September zwei weitere Aufführungen. Im EXIL kostet der Eintritt 10 Euro, ermäßigt 5 Euro. Beginn ist jeweils um 19.30 Uhr, Einlaß ab 18.30 Uhr.

Kartenvorverkauf in der Tourist-Information, Museum in der Adler Apotheke, Steinstraße 3, 16225 Eberswalde. **KAI JAHNS**

Eberswalder Gartenkonzerte:

Tanzmusik aus einer anderen Zeit

Eberswalde (bbp). In Spechthausen findet am Sonntag, dem 8. September, um 15 Uhr eines der diesjährigen Eberswalder Gartenkonzerte statt. An der ehemaligen Badestelle in Spechthausen tritt die Berliner Ballroom Band »Jerry Jenkins And His Band Of Angels« auf.

Tanzmusik aus einer anderen Zeit – vom 20er-Jahre-Pop bis Sixties-Swing, vom Ballhaus-Schwof bis zur Säuerballade ist alles drin. Und es gibt auch eigene Songs aus Berlin, inspiriert vom heutigen Rhythmus der Stadt.

Quirliger Foxtrott, melancholischer Blues und romantischer Walzer sind der Soundtrack

zu Geschichten, die das Leben schreibt, über Tage voller Mißgeschick oder den perfekten Moment in einer unerschütterlichen Liebe.

Weitere Gartenkonzerte gibt es am 5. September im Garten von Christine und Ralf Wauer in der Marienstraße 2 und am 7. September auf der »Insel der Liegenden« am Finowkanal, am Treidelweg in der Höhe des Eberswalder Familiengartens. Beide Konzerte beginnen um 20 Uhr. Der Eintritt kostet jeweils 10 Euro, ermäßigt 7 Euro. Inhaber des Eberswalde-Passes erhalten eine Ermäßigung von 50 % auf den Eintrittspreis.

20. Festival Alter Musik

Bernau (bbp). Vom 12. bis 15. September 2013 findet auf Einladung des Fördervereins St. Marien Bernau e.V. das 20. Festival Alter Musik Bernau statt. Im prächtigen Rahmen der spätgotischen Hallenkirche gehört dieses jährliche Musikfest mit seinen fünf Konzerten längst zu den etablierten Höhepunkten des Bernauer Kulturjahres. Den Auftakt macht am Donnerstag, den 12.9., um 19 Uhr die Musikschule Bernau mit dem Konzert »Alt trifft Neu«. Das traditionelle Nachtkonzert bei Kerzenschein im Hohen Chor am Freitag, 13.9., um 22 Uhr bestreiten »Tasto Solo« aus Spanien. Hinter diesem Label stehen Guillermo Perez (Organetto) und David Catalunya (Clavisimbalum), die uns Klaviermusik vom Hof der Tudors im England von 1500 bis 1550 nahebringen.

Öffentliche Rentensprechstunde

Mittwoch, 11. September, 10 - 13 Uhr. Objekt der Volkssolidarität, Mauerstr. 17 (Richterplatz) in Eberswalde. Dr. Ruth Sommerfeld gibt Hilfestellung beim Lesen von Rentenbecheiden und Formulieren von Widersprüchen.

ANDREA HOEHNE, Volkssolidarität Barnim

Angebote im »Bahnhofstreff« Finow:

Einmal im Monat immer dienstags steht das Tanzcafé im »Bahnhofstreff« Finow auf dem Programm. Nächste Termine sind der 3. September und der 8. Oktober. Beginn ist jeweils 14 Uhr.

Veranstaltungen der Buchhandlung Mahler

6. September, 19 Uhr: Lesung & Konzert
Angelika Mann singt und erzählt aus ihrem Leben »Was treibt mich nur«.

Das Team der Buchhandlung Mahler

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon/fax: (0 33 34) 35 65 42 / 25 92 10

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

bbpforum: <http://de.groups.yahoo.com/group/bbp-forum/> und .../bbp-blog/

redaktion: Gerd Markmann

fotografie: Gramzow (3), Markmann, Müller Oliver, Schmiederer, Schwarz, Steiner, Triller

drucker: Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088

redaktionsschluß: 29. August 2013

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002.

Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 26. September 2013.

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO = 9 Euro + 3 Euro Spende)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 10 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 3 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in

- Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten)
- Ich möchte die Lesergruppe <https://www.facebook.com/groups/bbp.online/> nutzen
- Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung der o.g. Angebote)

Coupon senden an: Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)